

VORAN

Solidaritätspreis 3,— DM

★ Türkei/Kurdistan	Seite 8/9
★ Paragraph 218	Seite 2
★ Hip Hop	Seite 5
★ Streik bei Digital Equipment	Seite 11

Marxistische Zeitung für Arbeiter-/innen und Jugendliche

1,— DM

Nazi-Terror stoppen

Seit den Morden von Solingen am 28. Mai gab es fast täglich Anschläge und Mordversuche von Nazis. In den fünf Monaten vorher wurden nach Angaben des Bundeskriminalamtes 24 Brandanschläge verübt, allein in den 10 Tagen danach folgten 29 Brand- und zwei Sprengstoffanschläge.

Bundeskanzler Kohl sprach nach den Morden von einer "schrecklichen Heimsuchung" (sozusagen gottgegeben) und fand es "unerträglich", wenn "jetzt einige eine Verbindungslinie zwischen den Asylgesetzen und den Brandanschlägen in Solingen und anderswo ziehen." Es ist kein Zufall, daß dies nur zwei Tage nach der Änderung des Asylrechts passierte, genauso wie im letzten Jahr das Pogrom in Rostock auf dem Höhepunkt der Asyldebatte. Zwei Drittel des Bundestages haben am 26. Juni die Mörder von Solingen ermüdet.

Die Bundesregierung sprach den "türkischen Mitbürgern" ihr Beileid aus. "Mitbürger?" Den Türken in Deutschland werden die elementaren Bürgerrechte verweigert, sie dürfen nicht wählen, aber Steuern zahlen. Türkische Jugendliche, die hier geboren und aufgewachsen sind, gelten als Ausländer. Den Jugendlichen, die aus Wut über diesen Zustand und über die Nazi-



JRE auf der Demonstration in Solingen

Morde einige Fensterscheiben eingeschmissen haben, wurde von Bundesinnenminister Seifers (CDU) und NRW-Innenminister Schnoor (SPD) die Abschiebung angedroht, Abschiebung in ein Land, in dem sie vorher nur zum Besuch gewesen sind. Verbannung wäre das richtige Wort.

Die rassistischen Mörder können hierbleiben. Generalstaatsanwalt von Stahl sprach von einer "lockeren Gruppierung" von Einzeltätern, ein "organisierter rechtsextremistischer Hintergrund sei nicht bekannt". Inzwischen ist aufgedeckt worden, daß drei von vier der mutmaßlichen Täter

in einer rechten Kampfsportschule in Solingen trainiert hatten und einer von ihnen Mitglied der Deutschen Volksunion (DVU) ist. Die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" hatte die Kampfsporttruppe als Saalschutz engagiert. Manfred Rouhs, Ratsherr der DL in Köln, zu den Morden: "Der Versuch, den Deutschen eine multikulturelle Gesellschaft aufzuzwingen, hat fünf weitere Menschenleben gefordert."

Weder gegen die Betreiber der Kampfsportschule, noch gegen die Deutsche Liga wird im Zusammenhang mit den Morden ermittelt.

Fortsetzung auf Seite 3

VORAN tritt ein für:

- ★ Verhinderung aller Nazi-Aufmärsche und Veranstaltungen
- ★ Organisierten Selbstschutz in unseren Stadtvierteln
- ★ Breite Mobilisierung für den Kampf gegen die Nazis, Gewerkschaften, SPD und linke Parteien müssen in die Pflicht genommen werden
- ★ Weg mit allen Ausländergesetzen: Volle Rechte für alle hier lebenden Menschen, auch ohne deutschen Paß. Bleiberecht für alle Flüchtlinge.
- ★ Gemeinsamer Kampf von Ausländern und Deutschen für Arbeitsplätze, Wohnungen und gegen sozialen Kahlschlag

Über Heim und Herd . . .

Frauen in den fünf neuen Ländern werden massiv aus dem Arbeitsleben gedrängt

Die Verschärfung der Abtreibungspraxis fällt in eine Zeit der tiefen Wirtschaftskrise, in der die Frauen traditionell aus dem Arbeitsleben heraus- und an "Heim und Herd" zurückgedrängt werden. Besonders ostdeutsche Frauen - ohnehin die Hauptverlierer der "Wiedervereinigung" - sind betroffen.

Zwei Drittel aller Arbeitslosen in Ostdeutschland sind Frauen, obwohl vor der "Wende" über 90 Prozent aller Frauen berufstätig waren. Mit dem Arbeitsplatz geht nicht nur ein spürbarer Teil des Lebensstandards, sondern auch die Selbstachtung verloren. In einer 1992 vom Bezirksfrauenausschuß der IG Bergbau und Chemie durchgeführten Studie unter 1630 weiblichen Beschäftigten in der Lausitz gaben über 90 Prozent die Antwort, daß sie auch dann berufstätig bleiben wollen, wenn der Partner ausreichend verdient. Dieses Ergebnis ist typisch. Es zeigt, daß Frauen

sich nicht damit abfinden wollen, aus dem Arbeitsleben herausgedrängt zu werden - aus welchem Grund auch immer.

Kinder als Hindernis

Doch beim immer enger werdenden Arbeitsmarkt im Osten spielt die Frage, ob frau Kinder hat, eine entscheidende Rolle.

Arbeitssuchende Frauen berichten, daß, nachdem diese Frage mit einem "Ja" beantwortet wird, das Bewerbungsgespräch zu Ende ist. Denn seit 1990 ist das flächendeckende staatliche Kinderbetreuungsangebot stark zurückgefahren bzw. für viele Mütter einfach zu teuer geworden. Ostdeutsche Frauen haben eindeutig auf dieses Problem reagiert. 1991 sank die Geburtenrate in den fünf neuen Ländern um fast 40 Prozent.

Vor einem Jahr kamen Meldungen aus Ostberliner Kliniken über eine starke Zunahme von Sterilisationen an Frauen, die ihren potentiellen Arbeitgeber einen Nachweis für ihre "Zuverlässigkeit" geben sollten. Am 31. Oktober 1992 lief der "Hilfsfonds für schwangere Frauen in Not", zu der auch ein Wohnungsanierungsprogramm gehörte, aus. Ab 1993 gilt im Osten wie im Westen die Bundesstiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens". Diese sieht keine Wohnungsanierung vor. Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen hat das BVG-Urteil für ostdeutsche Frauen eine grau-

same Brisanz.

Reservearmee

Wenn Frauen noch arbeiten, verdienen sie vielfach weniger als Männer mit der selben Qualifikation. Das fand eine Untersuchung der Uni Potsdam letztes Jahr heraus. Bei einer Befragung unter Treuhand-Beschäftigten im April 1992 stellte sich heraus, daß in Betrieben mit einem Frauenanteil von mehr als 80 Prozent nur 1557 DM monatlich zu verdienen waren. Das waren fast 800 DM weniger als in Firmen mit mehr als 80 Prozent männlichen Beschäftigten.

Frauen sind nur in 42 Prozent der ABM-Stellen im Osten beschäftigt, obwohl sie 63 Prozent der Arbeitslosen ausmachen. In Treuhand-Unternehmen betrug der Frauenanteil an ABM-Maßnahmen 1992 nur 23,5 Prozent, obwohl ihr Anteil an allen Beschäftigten 33 Prozent betrug. Von der Kurzarbeit in Treuhand-Unternehmen sind Frauen wiederum stärker betroffen: mit 23 Prozent gegenüber ihren männlichen Kollegen mit 17 Prozent.

Die Wiedervereinigung hat nicht nur Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet, mit katastrophalen Auswirkungen für Frauen und Männer, sondern ganz gezielt Frauen zur "Reservearmee des Kapitalismus" abgestempelt, die in der Krise nach Hause geschickt werden können. In diesem konjunkturellen Zusammenhang steht das BVG-Urteil.

Fiz Garvie, Köln

UNO raus aus Somalia!

Bundeswehr nimmt an kolonialer Polizeiaktion teil

Am 23. Juni hat das Bundesverfassungsgericht den Einsatz der Bundeswehr in Somalia für rechtmäßig erklärt. Damit ist der Damm gebrochen, die Regierung wird Truppen in aller Welt einsetzen können.

Soll man mit den SPD-Politikern Mitleid haben, wenn sie verschüchtert anmerken, daß das Urteil doch ein Sieg für das Parlament und damit für die SPD sei, weil immerhin der Bundestag über den Einsatz entscheiden muß? Nein, diese Leute wissen, was sie tun. Sie haben dem Militarismus nichts entgegengesetzt außer ihrem lächerlichen Gang zur Regierungsabteilung Karlsruhe. Sie haben den Einsatz in Somalia nicht in Frage gestellt.

In Somalia werden deutsche Soldaten den Menschen wenig helfen, den Interessen des Westens viel.

Die Phase der netten Helfer aus dem Westen ist vorbei. Die Normalität imperialistischer Politik hat begonnen. Als die US-Soldaten kamen und mit viel Medienaufwand Nahrung lieferten, war die schlimmste Hungersnot schon vorbei. Das Ziel des Eingreifens der UNO ist, am strategisch wichtigen "Horn von Afrika" die Situation unter Kontrolle zu halten. Die vielversprechenden Ölvorkommen, deren Ausbeutung noch nicht begonnen hat, waren ein Argument, Somalia zu "helfen". Der ehemalige somalische Diktator Siad Barre, der Ende 1990 gestürzt wurde, war ein Garant für Stabilität im imperialistischen Sinne. Ein

Nachfolger war nicht in Sicht, das Land unter den Kriegsherren aufgeteilt. Der Westen wurde aktiv. Die UNO-Truppen hatten keine Probleme, mit den Clanführern zu verhandeln und diese so gegeneinander auszuspielen, daß keiner zu mächtig wurde. Doch Farah Aidid schien mehr Unterstützung zu haben als die anderen. So wurde er von den USA und der UNO in bester Tradition zum Nachfolger von Panamas Noriega und Iraks Saddam als Hauptbösewicht ernannt. Die UNO-Truppen begannen mit Angriffen gegen Aidids Einheiten. Als diese zurückschlugen war das Geschrei groß über den "Mord an 26 pakistanischen Soldaten". Die UNO ließ ihre humanitäre Maske fallen. Pakistanische Blauhelme feuerten in eine Menschenmenge, US-Hubschrauber bombardierten Wohnviertel und Krankenstationen. Die Unterstützung für Aidid ist gewachsen. Die Truppen gingen so offensichtlich wie Besatzer vor, daß es dem Reporter der "Tagesthemen" anzumerken war, wie wütend er auf die UNO war.

Die somalische Bevölkerung wird sich mehr und mehr gegen die UNO-Truppen wenden. Kriegsfürst Aidid könnte sich zu einem Führer des Widerstandes gegen die Besatzungsmächte entwickeln. Ohne Typen wie -Aidid zu "antiimperialistischen Helden" hochzujubeln, müssen Sozialisten in der BRD den somalischen Widerstand unterstützen und den sofortigen Abzug der Truppen verlangen.

Achtung
unsere neue PLZ
50670

. . . zurück ins Mittelalter

Urteil zum § 218 zeigt: Kompromißbereitschaft schadet nur / Bundesverfassungsgericht starke Hilfstuppe der Reaktion

Ab dem 16. Juni gibt es einen neuen Paragraphen 218. Sechs alte Männer und eine Frau haben für Millionen von Frauen entschieden: "Ihr seid Verbrecherinnen. Ihr seid entrechtet, der Schutz des ungeborenen Lebens ist wichtiger als eure Selbstbestimmung, was danach passiert, ist uns egal." Damit ist das Abtreibungsgesetz um Jahre zurück geworfen, die reaktionären Kräfte haben in dieser Frage gesiegt.

Abtreibung ist rechtswidrig - Frauen, die aus welchen Gründen auch immer, abtreiben, sind "Rechtsbrecherinnen". Zwar ist die Abtreibung straffrei, doch nur, wenn vorher einige Stolpersteine überwunden wurden:

Zwangsberatung - Durch die Beratung wird Druck ausgeübt, die Abtreibung nicht durchzuführen. Bis 1994 sollen alle unabhängigen Beratungsstellen geschlossen werden, damit der Staat die Beratung besser kontrollieren kann.

Soziale Flankierung - Die Frau muß die Abtreibung selber bezahlen. Die Krankenkasse zahlt nur noch bei a) medizinischer Indikation: Gefahr für das Leben der Frau, b) eugenischer Indikation: Gefahr einer erheblichen Behinderung des Kindes, c) kriminologischer Indikation: Schwangerschaft infolge einer Vergewaltigung.

Bei psycho-sozialer Indikation, die bisher 90 Prozent in Anspruch genommen haben, wird nicht bezahlt. "Bei

wirklichen Notfällen zahlt das Sozialamt", daß heißt, dann soll frau betteln gehen.

Wo abtreiben? - Wegen der Rechtswidrigkeit ist noch nicht klar, ob Krankenhäuser und Ärzte die Abtreibung durchführen. Doch der stationäre Eingriff kostet zwischen 550,- und 850,- DM. Auf jeden Fall werden billige Kurpfuscher wie Pilze aus dem Boden schießen.

Im Osten galt seit 1972 die Fristenlösung ohne Beratung. Bis zur zwölften Woche konnten Frauen kostenlos abtreiben und mußten diese Entscheidung nur mit sich selbst ausmachen. Statt diese Regelung auch im Westen zu übernehmen, ist der Paragraph 218 noch verschärft worden.

Wut und Empörung

Zu recht sind viele in Ost und West über dieses Urteil empört. Wir werden kriminalisiert und durch die Zwangsberatung schikaniert. Uns wird Verantwortungslosigkeit gegenüber dem "ungeborenen Leben" vorgeworfen. Die Politikerinnen werden keine Probleme damit haben. Uns bleibt die Wahl, viel Geld hinzulegen oder auf eigene Gefahr abzutreiben.

Die bayrische Landesregierung hat nun ihr langersehntes Ziel erreicht. Frauen, die abtreiben wollen, werden erniedrigt.

Heuchelei der Herrschenden

Wenn das "ungeborene Leben erfolgreich geschützt" worden ist, bekommt die Frau selbst die volle Verantwortung. Und da fangen die meisten Probleme bekanntlich an. Heute leben über 2 Millionen Frauen von der Sozialhilfe. 2,1 Millionen Frauen sind alleinerziehend. Viele wünschen sich eine Abtreibung, wenn sie schon Kinder haben und sich keine weiteren leisten können.

■ Aus finanziellen Gründen. Die Antwort der Regierung ist, im Zuge des Sozialabbaus unter anderem Erziehungs- und Kindergeld zu kürzen.

■ Wegen der Wohnungsnot. Bezahlbare Wohnungen, auch Großraumwohnungen, sind Raritäten geworden.

■ Wegen Kindergartenplätzen. Um jeden Platz muß heute gekämpft werden. Die finanzielle Selbstbeteiligung steigt ständig.

Dahinter steckt System

Das neue Abtreibungsgesetz und der Kindergartenmangel zwingen die Frauen an den heimischen Herd. Sie müssen gezwungenermaßen die Kinderbetreuung übernehmen. Der positive Nebeneffekt: Frau braucht sich gar nicht erst zu ärgern, wenn sie keinen Arbeitsplatz hat.

Doch es geht um mehr. Um weiteren Sozialabbau durchzusetzen, müssen wir politisch geknebelt und entrechtet werden. Tarifbruch, polizeiliche Aufrüstung, 218 sind politische Angriffe, um uns zu zeigen, wer Herr im Hause ist.

Möglich war der Durchmarsch der Reaktionäre vor allem wegen dem Verhalten der SPD. Diese hatte bei der Reform des § 218 den Kompromiß mit der Koalition gesucht statt konsequent "Weg mit 218" zu fordern und mit Hilfe der Frauenbewegung die gesellschaftliche Mehrheit für das Recht auf Abtreibung

kann sie sich jetzt sparen.

Die Frauenbewegung in der ganzen BRD sollte jetzt das tun, was schon vor einem Jahr hätte passieren müssen: Breite Mobilisierung für die Abschaffung des Paragraphen 218.

Keine Frau entscheidet sich leichtfertig zu einer Abtreibung. Deshalb:



zu mobilisieren. Die Fristenlösung mit Zwangsberatung bis zur 12. Woche, stellte einen gewissen Fortschritt für die Westfrauen dar, war aber eine Verschlechterung für Frauen im Osten. Die dauernde Kompromißblerei machte die Unterschiede undeutlicher. Damit war eine Lähmung der Frauenbewegung vorprogrammiert. Während einige Frauengruppen im Osten weiterkämpften, setzten SPD, ASF und die westdeutsche Frauenbewegung auf den "vernünftigen Kompromiß". Daß die CSU und die Kirche sich nicht damit zufrieden geben würden, war schon damals klar. Von den Minimalforderungen der SPD nach "sozialer Flankierung" ist auch nichts übriggeblieben. Ihre scheinheilige Empörung

- Streichung der Paragraphen 218 u. 219
- Keinen Beratungszwang
- Erhalt und Finanzierung der unabhängigen Beratungsstellen
- Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln, Zulassung der Abtreibungspille RU 486 unter ärztlicher Aufsicht
- Umfassende staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen zum Nulltarif
- Keine Kürzungen des Erziehungs- und Kindergeldes
- Genug preiswerte Wohnungen für alle
- Keine Kürzungen im Bildungsbereich, Ausbau der Ganztagsbetreuung
- Massive Arbeitszeitverkürzung, um Arbeitsplätze für alle zu schaffen und die Hausarbeit aufzuteilen.

Miriam Alberti, Aachen

VORAN zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Arbeiter/-innen und Jugendliche.
Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Erscheinungsweise: Monatlich

Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1,

Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 36010043, Konto-Nr. 250059-430.

Sieger ohne Mehrheit

Scharping nicht der eindeutige Sieger bei der SPD-Mitgliederbefragung / Amerikanisierung statt Demokratisierung

Die Mitgliederbefragung, von oben eilig verordnet, hat auf der ganzen Linie das Wunschergebnis der Partei-Spitze gebracht. Deren Lieblingskandidat Scharping ist Bundesvorsitzender geworden. Auch die hohe Beteiligung der Mitglieder an der Urwahl wird jetzt als eine Bestätigung zur Fortsetzung des Rechtskurses und der Amerikanisierung der Partei interpretiert.

Scharping hat jedoch nur 40 Prozent der Stimmen erhalten. 60 Prozent haben gegen ihn gestimmt. Bei einem zweiten



Apparatschik Scharping

Wahlgang hätte er möglicherweise verloren.

Viele Aktive in den Parteiuntergliederungen waren gegen die scheindemokratische Mitgliederbefragung, weil sie die Absicht der Parteiführung ahnten, den Einfluß gewählter Parteigremien beiseite zu schieben und die Partei insgesamt zu entpolitisieren. Warum beteiligten sich trotzdem 56 Prozent, selbst die Erfinder der Befragung waren über-

rascht? Ein Grund war der Wunsch der Basismitglieder, ähnlich wie der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen, dringend die Kohl-Regierung abzulösen. Auch hatten viele Angst, durch niedrige Beteiligung die Parteispitze in der Öffentlichkeit nackt dastehen zu lassen und die Partei dadurch zu schädigen.

Diese Loyalität vieler Mitglieder wird von der Führung als ein Blankoscheck mißbraucht. Daß der SPD-Kanzlerkandidat nicht mehr von den Parteigremien nominiert wird, sondern unter vier Augen zwischen Scharping und Lafontaine ausgemacht und den Mitgliedern via Massenmedien das Ergebnis verkündet wird, zeigt den neuen Kurs der Parteispitze.

Ausstieg aus der Opposition

Die Mitgliederbefragung wurde überschwänglich von den bürgerlichen Medien gelobt und als ein Mittel dargestellt, Parteimitglieder zu motivieren und Parteiverdrossenheit zu überwinden. Doch Parteimitglieder sind nicht inaktiv, Parteiverdrossenheit existiert nicht, weil Politiker zu wenig in den Massenmedien präsent wären, sondern wegen deren inhaltlosem Geschwafel. Die Mehrheit der ArbeiterInnen und Jugendlichen sieht ihre Interessen weder von der Regierung - was auch reichlich seltsam wäre - noch von der SPD-"Opposition" vertreten. Viele SPD-Mitglieder sind passiv geworden, weil sie keine Möglichkeit sehen, die Politik der Partei in ihrem Sinne zu beeinflussen, die Beschlüsse ihrer Ortsvereine durchsetzen zu können. Die Zustimmung der Partei-Führung zur Ab-

schaffung des Asylrechts ist das frischeste Beispiel, wie sich die Spitze über Beschlüsse hinwegsetzt. Ab und zu ein Kreuzchen machen zu dürfen, wird keine Mitglieder aktivieren, sondern viele Aktive zur Aufgabe treiben.

Wenn die bürgerlichen Medien die Urwahl gut und empfehlenswert finden, drücken sie damit die Interessen ihrer Besitzer aus. Ihr Interesse an einer SPD-Führung frei von politischem Programm und der Kontrolle der Basis, die ungehindert dem Kapital dienen kann.

In den USA können die Menschen wählen, was sie wollen, sie wählen eine Partei des "Big Business". Dies scheint auch die Absicht der SPD-Spitze zu sein.

Widerstand

Für die Basis ist jetzt weniger denn je Zeit, den Kopf in den Sand zu stecken. Es gilt, für die Demokratisierung der Parteistrukturen zu kämpfen und den Einfluß der gewählten Gremien zu verteidigen. Demokratische Strukturen reichen jedoch nicht aus. Wir wollen eine politische Wende, einen Bruch mit der Anbiederung an die Kohl-Regierung und mit der Anpassung an die "Sachzwänge" der Marktwirtschaft. Wir brauchen eine Politik, die die Lasten der kapitalistischen Krise nicht den ArbeiterInnen, sondern den Unternehmer aufbürdet.

Auf höheren Ebenen der Partei gibt es keine konsequenten Linken. Die Aufgabe von Sozialisten an der Basis ist, mit der Veränderung von unten zu beginnen, um eine sozialistische und personelle Erneuerung durchzusetzen.

Gaetan Kayitare, Aachen, SPD-Mitglied

Nazi-Terror stoppen

Fortsetzung von Seite 1

Ratscherr Rouhs kann in Ruhe den DL-Kommunalwahlkampf für 1994 vorbereiten. Ein Linker, der ein Attentat auf einen Bankdirektor mit den Worten "Der Versuch, den Deutschen eine kapitalistische Gesellschaft aufzuzwingen, hat ein weiteres Menschenleben gefordert" kommentiert hätte, säße längst im Hochsicherheitstrakt.

Justiz, Polizei und Regierung sind auf dem rechten Auge blind. Umso hellstichtiger sind sie mit dem linken Auge. Auf einen Aufruf des jüdischen Schriftstellers Ralph Giordano zur bewaffneten Selbstverteidigung reagierte Kanzler

Kohl mit offener Feindseligkeit und dem Appell, auf den Staat und seine Organe zu vertrauen.

Den Herrschenden hier im Land ist es egal, ob Türken, Afrikaner oder linke Jugendliche von Nazis bedroht oder umgebracht werden. Das Schicksal von Flüchtlingen, die in den sicheren Tod abgeschoben werden, ist ihnen gleichgültig.

Angst haben sie vor dem Widerstand von deutschen und ausländischen Jugendlichen und ArbeiterInnen, der sich in der Regel nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen die politischen Brandstifter in Bonn richtet. Diese trauen sich nicht wie nach Mölln auf die Bewegung aufzuspringen, sondern drochen propandistisch und praktisch auf die Antifaschisten ein.

Nach den Morden von Solingen gab es Krawalle wütender türkischer Jugendlicher. Die bundesweite Großdemonstration in Solingen am 5. Juni endete mit gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Hauptursache hierfür war neben Provokationen der "Grauen Wölfe" (türkische Faschisten) das massive und provozierende Auftreten von Polizei und Bundesgrenzschutz.

Politiker und Journalisten warnen davor, daß sich die "Gewalt von links und rechts" gegenseitig hochschaukeln würde (die sogenannte Gewaltspirale). Zerbrochene Fensterscheiben werden für gleich schlimm wie verbrannte Menschen erklärt. Vor allem wird so die Verteidigung gegen Nazis mit dem Terror der Rechten gleichgesetzt.

Die Kriminalisierung des Widerstandes gegen die faschistischen Mordbrenner spielt diesen in die Hände. Deutsche und ausländische ArbeiterInnen und Jugendliche dürfen sich aber nicht davon abhalten lassen, den Selbstschutz zu organisieren und gegen die Nazis und ihre politischen Wegbereiter in Bonn in die Offensive zu gehen.

Ulf Petersen, Köln JRE-Bundesausschuß

Systematische Verharmlosung

Die Verharmlosung der Nazi-Gewalt und vor allem der Nazi-Organisationen hat Methode. Nur einige Beispiele:

■ Einer Wehrsportgruppe in Senftenberg, Thüringen, wird ein Raubmord an einem 27-jährigen zur Last gelegt. Bei ihr wurde ein Waffenarsenal mit 200 Handgranaten und drei Maschinenpistolen gefunden, die in regelmäßigen Wehrsportübungen erprobt wurden. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes sei die Gruppe jedoch keine kriminelle Vereinigung, da bei ihr keine "Zweckausrichtung auf die Begehung von Straftaten" festgestellt worden sei (*Frankfurter Rundschau* vom 30. 3. 93)

■ Bis zu den Morden von Solingen hatten Seifers und das Bundesamt für Verfassungsschutz mehrfach behauptet, daß die Zahl der Angriffe auf Ausländer zu-

rückginge, unter anderem auch wegen der Verbote von Nazi-Organisationen. Dabei gab es nach Zählung des Bundeskriminalamtes weiterhin monatlich 300 bis 400 fremdenfeindliche Straftaten und der Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, Uhlrau, warnte bereits am 14. Mai vor einer drastischen Zunahme des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik seit 1992.

■ Die Verbote von Deutscher Alternative (DA), Nationaler Offensive und Nationalistischer Front vom letzten Dezember sind weitgehend wirkungslos und mehr als öffentlichkeitswirksame Show gedacht. Die Gruppen wurden vorgewarnt. Konsequenz wird die hinter dem Netzwerk von Kleingruppen stehende Kaderstruktur ignoriert. Die Existenz der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen

Front (GdNF) als konspirativer Dachverband ist für die Staatsschützer kein Thema. Vorfront- und Nachfolgeorganisationen bleiben unbehelligt: Die Nachfolgepartei der NF, die "Sozialrevolutionäre Arbeiterfront", kann ungestört mit den gleichen Methoden und Mitgliedern weiterarbeiten.

■ In Stuttgart wurde der als Sozialist bekannte Ludwig Niethammer am 30. Mai in einer Diskothek zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Die Polizei fand "keine Anhaltspunkte für eine politische Tat" und weigert sich, wegen versuchten Totschlages zu ermitteln, obwohl die Disco ein bekannter Treffpunkt für Rechtsradikale ist und der Anschlag gezielt und ohne Vorwarnung wahrscheinlich mit einer Waffe ausgeführt wurde.

NPD-Parteitag verhindert

Nazis suchen Zuflucht im schönen Bayernland

Am 5. Juni wollte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ihren Bundesparteitag im bayrischen Pocking abhalten. Nur eine Woche nach den Morden von Solingen wollte das bayrische Innenministerium offenbar keinen politischen Ärger und verbot den Parteitag. Dies ist ein Ergebnis der bundesweiten Gegenmobilisierung von JRE im Bündnis mit örtlichen Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, SPD und Grünen.

Bis zum endgültigen Verbot wurde die NPD quer durch Deutschland gejagt. Ursprünglich wollten die Nazis in Bad Langensalza in Thüringen tagen - eine Hochburg der Nazis, wo bereits der Parteitag im letzten Jahr stattfand. Der Saal dort wurde gekündigt, die NPD verzichtete auf eine mögliche gerichtliche Durchsetzung ihrer Tagung. Das ist auch ein Ergebnis der von einem örtlichen Bündnis organisierten Gegendemonstration, zu der JRE bundesweit mobilisiert hatte.

Unsere Mobilisierung wurde nach Bekanntwerden des Ortswechsels nach Bayern umgelenkt. Das von den Staatsorganen politisch gewollte Verbot wurde noch kurzfristig am Vortag des 5. Juni durch das Regensburger Verwaltungsgericht wieder aufgehoben, um dann abends um 23 Uhr durch das Landesgericht München bestätigt zu werden.

Die Begründung des Verbots: ein störungsfreier Ablauf des Parteitages könne nicht gewährleistet werden, da alle verfügbaren Polizeikräfte für den Schutz zahlreicher Aktionen in Bayern gebraucht würden, der Schutz ausländischer Mitbürger genieße Priorität! Wie auch in den Fällen der seitdem ausge-



Er mußte zuhause bleiben

sprochenen Verbote von Nazi-Veranstaltungen (z. B. des dann wieder aufgehobenen Verbots des Republikaner-Parteitages) geht es dem Staat einzig und allein um die Angst vor den drohenden Gegendemonstrationen, nicht etwa um die Unterbindung der von Reps, DVU, NPD und Co. betriebenen politischen Brandstiftung.

Nach dem Verbot des Parteitages sind wir trotz der Gegenklage der NPD davon ausgegangen, daß wegen der politischen Lage das Verbot gerichtlich bestätigt wird. JRE ist deshalb bis auf die Berliner Gruppen bundesweit zur Großdemonstration nach Solingen gefahren (siehe Bericht auf Seite 4). In Pocking demonstrierten 300 Leute. Trotz massivem Polizeiaufgebotes lief die Demonstration bis auf eine Rangelei mit der Polizei friedlich ab.

In Bad Langensalza nahmen 300 an der regionalen Demo teil. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und zu vier Verhaftungen.

Ulf Petersen, Köln JRE-Bundesausschuß

Die Blutspur der Faschisten 1993

6. 1. Berlin - der 35jährige Türke Cuma Demir wird durch einen Messerstich in den Hals ermordet. Das Motiv für die Tat ist unklar.

15. 1. Arnstadt/Thüringen - Der 46jährige Stadtgärtner Karl Sidon wird am 15. Januar von Nazi-Skinheads zusammengeschlagen, anschließend auf die Straße gelegt und überfahren. Er stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus.

18. 1. Offenbach - Ein 55jähriger Italiener wird beim Verlassen eines Lokals von Unbekannten angeschossen und stirbt am 6. 2.

23. 1. Arnstadt/Thüringen - Drei Obdachlose kommen bei einem Brand in einem Obdachlosenasyll ums Leben, zeitgleich mit der Gedenkdemo für Karl Sidonek. Die Brandursache wurde nicht aufgeklärt.

23. 1. Mühlhausen/Thüringen - Ein 21-jähriger Punk, Mario Jödecke, wurde von einem 17-jährigen Nazi-Skinhead umgebracht. Da dies bei einer Auseinandersetzung zwischen Heavy-Metals und Skins passierte, wird die Tat von der Polizei als unpolitisch bewertet.

3. 2. Suhl/Thüringen - Olaf Heydenbluth wird in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Er war bekannter Antifaschist und Mitglied der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) und hatte schon mehrere Morddrohungen bekommen. Trotzdem ging die Polizei bei ihren Ermittlungen zunächst von Selbstmord aus. Erst auf Druck von Eltern und Freunden wurde in Richtung Nazi-Szene ermittelt, bisher ohne Ergebnis.

19. 2. Hoyerswerda - Der 22jährige Mike Zerna wurde tödlich verletzt, als Nazis ein Konzert seiner Band angriffen.

22. 2. Berlin, Frankfurt/Oder - An

der Bahnstrecke bei Hagelsberg/Fürstenwalde wird ein Schwarzer tot aufgefunden, laut Polizei ein Flüchtling aus Zaire. Die Todesursache ist noch ungeklärt.

9. 3. Mühlheim/Ruhr - Zwei Skinheads überfallen einen 56jährigen Türken an einer Bushaltestelle, beschimpfen ihn und werfen ihn zu Boden. Als sie eine Pistole an seinen Kopf halten und eine "Scheinhinrichtung" durchführen, stirbt der Mann an einem Herzinfarkt.

9. 4. Hamburg - Ein 53jähriger Pole wird tot in einem Zimmer eines Asylbewerberheims aufgefunden. Da der Tote Verletzungen aufweist, wird die Mordkommission eingeschaltet.

8. 5. Schwerin - Ein 23jähriger Ausländer aus Osteuropa wird von einem Unbekannten auf offener Straße erstochen, sein 33jähriger Landsmann schwer verletzt.

20. 5. Coburg - Bei einem Brandanschlag auf ein von zwei türkischen und einer deutschen Familie bewohntes Haus wird ein Deutscher getötet. Der Pressesprecher der Stadt Coburg berichtet auf Anfrage, ein politischer Hintergrund sei nicht auszuschließen, doch gebe es keine Hinweise darauf.

29. 5. Solingen - Fünf türkische Frauen und Mädchen werden bei einem Brandanschlag umgebracht.

Die bundesweite Statistik ignoriert die Nazi-Opfer, bei denen ein politischer Hintergrund nicht sicher ist - auch wenn er mehr als wahrscheinlich ist, wie in einem großen Teil der aufgeführten Fälle. Einige Fälle, die wirklich völlig ungeklärt sind, haben wir trotzdem aufgeführt, denn auf der anderen Seite gibt es sicher auch Nazi-Opfer, die gar nicht bekannt werden.

Jugend gegen Rassismus in Europa



STOP Abschiebung!

Rumänische Familie in Bremerhaven versteckt

Am 8. 6. guckten die Polizisten des Landkreises Cuxhaven erstaunt: Die "Abzuschiebenden" hatten nicht auf sie gewartet. Mitglieder der Bremerhavener Jungsozialisten und von JRE verstecken seitdem die rumänische Familie. Die Frau und ihre drei Kinder leben seit 1990 in Deutschland. Die Kinder haben sich eingelebt und kommen in der Schule zu recht.

Der Ehemann wurde schon abgeschoben. Er saß in vorher in Haft. Frau M. hatte sich wegen wiederholter Gewalttätigkeiten von ihm getrennt. Auch wegen dieser Trennung haben die vier in Rumänien wenig zu erwarten. Wohnung und Arbeit werden sie sowieso nicht finden. Die wenigen Verwandten stehen zudem auf der Seite des Mannes. Für den Fall ihrer Rückkehr hat der Mann seiner Frau Prügel angedroht. Doch von frauenspezifischer Verfolgung wollen deutsche Gerichte nichts hören. Alle Anträge wurden abgelehnt. Die Chancen, anderswo im Bereich der "Festung (West)Europa" unterzukommen, sind gering.

Für den Fall, daß Familie M. ihr Versteck aufgibt und "freiwillig" ausreisen will, haben die Behörden schon deutlich gemacht, daß das nicht geht. Abgelehnte Asylbewerber reisen nicht aus, die werden abgeschoben. Die können sich doch nicht wie Touristen benehmen, womöglich noch Andenken mitbringen! Der richtige Weg, Deutschland zu verlassen, ist mit Handgepäck und zwei kräftigen Grenzschutzbeamten an der Seite. Das

prägt sich ein, da kommt man nicht so schnell wieder.

Auch andere detaillierte Gemeinheiten der deutschen Abschiebepaxis werden durch das Schicksal von Familie M. deutlich. Herr M. bekam wie alle Flüchtlinge 10,- DM als "Starthilfe" für Rumänien. Leider nicht als Schein - die zwei 5-DM-Stücke kann er dort nicht eintauschen. Da Frau M. und ihre Kinder den ersten Abschiebetermin nicht wahrgenommen haben, sind die Tickets verfallen. Die zweiten Tickets will sich der Staat bezahlen lassen. Von Familie M. rechtmäßig erworbene Dinge wurden beschlagnahmt.

Die für Asylfragen zuständige Frau vom Sozialamt, Funktionärin der Kreis-Frauen-Union (CDU), soll nach Augenzeugenberichten eine besondere Energie an den Tag gelegt haben, einem Kinderfahrrad bis in die Häuser von Freunden der Familie und die Schulen der Kinder nachzujagen. Dies ist kein Einzelfall. Die deutschen Ausländerbehörden sind teuer, bürokratisch und ineffektiv. Sie sollen nicht Ausländerangelegenheiten vernünftig regeln. Ihre Aufgabe ist es, zu entrechten und zu sortieren, Menschen gegeneinander aufzubringen. Das läßt sich der Staat einiges kosten.

Wir fordern das Bleiberecht und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.

Michael Müller, Juso-UB-Vorsitzender Bremerhaven

JRE-Fete voller Erfolg

Das Antifa-Konzert von JRE Frankfurt am 15. Mai war ein voller Erfolg. Mit 800 Besuchern wurde unsere Erwartung weit übertroffen. Mehrere Bands und eine Kabarettgruppe sorgten für gute Stimmung. Im Gegensatz zu den großen "Rock gegen Rechts"-Veranstaltungen kam die politische Seite nicht zu kurz. Die Pausen nutzten wir für die Vorstellung von JRE und die Mobilisierung gegen den (später verbotenen NPD-Parteitag). Außerdem sammelten wir Spenden für die Freilassung der politischen Gefangenen in Südafrika.

Wir konnten unsere leere Kasse um 2500,- DM auffüllen. 1000,- DM davon gingen an unser Büro in Köln für die exzellente Arbeit. Trotz des vielen Stresses und zweier schlafloser Nächte - unsere Gruppe besteht nur aus 15 Mitgliedern - hat es uns so viel Spaß gemacht, daß wir an die Fortsetzung in nächsten Jahr denken.

Momentan beschäftigen uns jedoch die feigen Brandanschläge im Frankfurter Gallusviertel und der Aufbau einer JRE-Schülergruppe.

Wolfgang und Henning

Demo in Solingen, 5. 6.

Polizei und türkische Faschisten randalieren / JRE-Ordner bestehen ersten Test

"Nazis, Nazis, Nazis - raus, raus, raus!" - dieser Schlachtruf war am 5. Juni von mehreren Hundert JRE-Aktivistinnen aus dem ganzen Bundesgebiet auf der Großdemonstration in Solingen zu hören.

Einer der fünf Demonstrationzüge, die es an diesem Tag gab, wurde von einem JRE-Block angeführt. Dies war der bunteste, lauteste und kämpferischste Teil der Demos. JRE wollte an diesem Tag eine lautstarke Warnung aussprechen - an die Nazi-Mörder und an die politischen Brandstifter in Bonn. "JRE ist auf der Straße! Und wir werden nicht eher von der Straße wieder heruntergehen, bis wir die Rassisten und Faschisten geschlagen haben. Wir leisten

Widerstand!"

Das Medieninteresse war groß. In der Tagesschau, bei VOX und sogar im britischen BBC-Fernsehen wurden Bilder vom JRE-Block gezeigt.

JRE war der offensichtlich am besten organisierte Teil der Demo. Ca. 60 OrdnerInnen, die meisten in grell-gelben "Leibchen" mit der Aufschrift "JRE-Ordner", schützten den Block auf dem Demozug. Später waren die Ordner auf dem Kundgebungsplatz stundenlang schwer beschäftigt und sorgten mit dafür, daß der Schaden, der durch die Randalierer der "Grauen Wölfe" und des Bundesgrenzschutzes bzw. der SEK (Sondereinsatzkommando) entstand, nicht noch größer wurde. Die "Grauen

Wölfe" hatten gewalttätige Aktionen gestartet. Polizeieinheiten nutzten die allgemeine Verwirrung, um Provokationen gegen die "Autonomen" zu starten.

Auch ein eigener JRE-Sanitätsdienst mit fünf SanitärInnen aus Aachen und Bremerhaven funktionierte hervorragend und versorgte Verletzte, als das Rote Kreuz aus Angst schon reißaus genommen hatte.

Diese Demonstration und die Kampagne gegen den NPD-Bundesparteitag waren für JRE ein großer Schritt beim Aufbau einer schlagkräftigen bundesweiten Organisation, die es mit den Faschisten aufnehmen kann.

Sascha Stanicic, Köln
JRE-Bundesauschuß

Nazi katillern dur diyelim

Sende vur geri - JRE ile birlikte mücadele

Polise, yargiya ve politikacilara gúvenmek yerine Nazilere karú savunmayi kendimizin örgütlemesi gereyiyor. Faúist çeteleri dađıtımmız ve tüm çalıřmalarını kitlesel direniřlerle engellememiz gerekiyor.

Solingen'de 5 kisinin katledilmesi yeni bir saldırı dalgasının geçi zirvesini oluřturmaktadır. Birçok Őehirde faúist saldırılar oldu. Parlamento, 2/3 çoğunlukla iltica hakkını kaldırması ile bu katil çeteleri saldırılarına teřvik etti. Polis, devlet mekanizması ve politikacılar Solingen katliamını 16 yařındaki tek bir kiřisinin iři gibi göstermeye çalıřıyorlar. Nazileri tutuklamak ve onların yuvalarını dađıtmak yerine sürekli

ölüm korkusu ile yařayan ve bundan dolayı da sabrı tükenen Türk geçlerine karú bir kampanya yürütüyorlar.

Möln ve Solingen olaylarından sonra 60 bin örgütlü neonazi hala serbest dolařmaktadır. Polis koruması altında toplantılar düzenliyor, yeni katliam planları hazırlıyorlar. 1992 bařlarından buyana resmi açıklamalara göre 22 insani öldürdüler.

Gösteri yapmak artık yeterli deđildir! Alman, Türk, Kürt ve diđer halklardan antifařistler biraraya gelerek tüm nazi toplantılarını ve gösterilerini engellemelidirler. Savunmayı kendimiz örgütlemeliyiz. Özsavunma ve mahle komiteleri kurmalıyız. Alman ve yabancı iřçilerin

birlikte çayıřtıkları iřyerlerinde sendikalar üzerinden nazilere karú çalıřmalar örgütlemeliyiz.

Avrupa'da ırkçılıđa karú gençlik - JRE - olarak biz de üstümüze düřeni yapmak istiyoruz. JRE ile almanya ve avrupa çapında ırkçılıđa karú daha etkili mücadele eden bir örgütlenme yaratmak istiyoruz.

■ Nazilere karú özsavunma ve nazi grupların dađıtılması için.

■ Burada yařayan tüm insanlara eřit haklar verilsin, yabancılar yayası kaldırilsın.

■ Alman ve yabancı iřçiler ve gençler, hep birlikte ırkçılıđa, iřsizliđe ve sosyal kısıtlamalara karú mücadele etmeliyiz.



JRE-Block auf der Demo in Solingen

K 14 schlägt nach links aus

Kriminalisierung von Kasseler JRElern / Einschüchterung als politische Strategie

Wegen einer Protestaktion gegen den Kreisparteitag der REPs am 23. April (siehe VORAN Nr. 152) ermittelt die polizeiliche Staatsschutz-Abteilung K 14 wegen Landfriedensbruch und Nötigung gegen einen JREler und Jungsozialisten. Gegen einen anderen läuft bereits ein Strafverfahren wegen einem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Die Demonstration soll nicht angemeldet gewesen sein. Das ist eine Lüge. Die spontane Demo wurde am selben Tag beim Ordnungsamt angemeldet. Während der friedlichen Aktion gab es keine Be-

schwerden seitens der Polizei. Lediglich die Namen der Versammlungsleiter wurden notiert. Im Nachhinein wurden die Ermittlungen aufgenommen. Dies macht deutlich, daß das Vorgehen von Polizei und Justiz politisch motiviert ist. Es reiht sich ein in die staatliche Strategie der Kriminalisierung von AntifaschistInnen. Gleichzeitig werden Neonazi-Anschläge verharmlost, als unpolitisch dargestellt, die Terroristen werden als "Einzeltäter" und "frustrierte Jugendliche" bezeichnet.

Die Kasseler JRE und die Jungsozia-

listInnen fordern die sofortige Einstellung der Ermittlungs- und Strafverfahren und wenden sich an die Öffentlichkeit, vor allem an SPD und Gewerkschaften.

Protestbriefe an: Polizeipräsidium Kassel K 14, Goethestr. 7, 34119 Kassel
Staatsanwaltschaft des Landgerichts Kassel, Frankfurter Str. 11, 34117 Kassel

Kopien bitte an: JRE c/o Arbeiterwohlfahrt, Friedrich-Ebert-Str. 171, 34119 Kassel, Fax 0561/285339

FIGHT THE POWER



feiert er gerade seinen Siegeszug durch unsere Diskotheken - Hip Hop-Partys überall, passend zu den rauen Zeiten, die dämmern.

Natürlich ist die große Medien- und Freizeitindustrie mit dabei, wenn eine neue Jugendkultur sich ihren Weg bahnt. "Sneakers", Chevignon- oder Stüssy-Sweater wollen an die Kids gebracht werden. MTV und YO!-Raps haben schon lange dafür gesorgt, dass die neue Welle in die Schüsseln und Kabel deutscher Fernseher eingespeist wird. Doch was hier oft zum Medienspektakel und Mode-Verkaufsschlager heruntergetuned wird, hat als eine kulturelle Rebellion gegen die Hoffnungslosigkeit, tägliche Gewalt und aufgezwungene Sprachlosigkeit in den Slums begonnen, in denen der Traum des amerikanischen Kapitalismus längst ausgeträumt ist. Viele der Texte spiegeln, in einem eigenen Sprachstil, die Situation Schwarzer wieder: Drogen, Straßenkriminalität, Po-

Eine neue Musikrichtung wurde in den letzten Jahren geboren - wie Graffiti-Sprühen und Breakdance kam sie aus den schwarzen Ghettos Amerikas. Sie kam voller Rhythmus und unüberhörbar. So rauh und geradlinig wie das Leben von Schwarzen in den heruntergekommenen "Hoods" der amerikanischen Innenstädte.

"Wir als schwarze Jugendliche haben keine Kontrolle über die Medien, also werden wir nie wirklich vertreten... Rap Music stellt die Stimme des schwarzen Amerika dar und wird deswegen von allen Seiten attackiert." (KAM von male negro suspect).

Jeder deutsche Jugendliche kennt Hip Hop. Wegen seinen aggressiven Beats

lizeibelästigung, Diskriminierung. Doch während deutschen Jugendlichen Lieder wie "Cop-Killer" (Bullennörder) bedenkenlos wegen guter Tanzbarkeit vorgespielt werden können, ist Rap in seinem Herkunftsland Objekt strenger Zensur. Nachdem für die Mehrheit der schwarzen Amerikaner alle staatlichen "Eingliederungs-Programme" in der Gosse versickert sind, soll ihnen jetzt das Recht genommen werden, ungehindert ihren Frust und ihre Wut herauszurappen. Viele schwarze Gruppen füllen ihre Musik mit politischen Inhalten und wollen das Bewußtsein ihrer Zuhörer über gesellschaftliche Hintergründe und Auswege entwickeln. Sie nennen ihre Kunst "Edutainment" (eine engl. Wortmischung aus "Erziehung" und "Unterhaltung") und ihre Bandmitglieder z.B. Minister of Propaganda (Public Enemy). Doch gerade was großen (weißen) Platten- und Vertriebsgesellschaften nicht in ihr Kommerzkonzept paßt, wird links liegen gelassen. Public Enemy mit ihren politischen Texten, die sich zudem in letzter Zeit von dem vorherrschenden Schwarz-Nationalismus vieler politischer Rapper entfernt haben, werden von den meisten US-Radiosendern und in England nicht mehr gespielt. Das neue Album von "Paris" wurde nach drei Zusagen von kleinen Vertrieben wieder vom Markt genommen, weil große Mutterkonzerne wie Time Warner verhindern wollten, dass die Platte mit dem

Song "Bush Killa" vor den Präsidentschaftswahlen auf den Markt kommt. Zuletzt wurden 100 000 bereits produzierte Exemplare eingestampft! Was sich besser promoten läßt ist das "Gangsta-Image" vom drogendealenden Ghetto-Schwarzen.

Das Musikgeschäft wird von weißen Konzernen regiert, die nach den Regeln des Profits arbeiten. "Rap-Business ist noch immer nicht das Business für Rapper. Ein Business, das für sie arbeitet. Meistens wird höchstens mit ihnen gearbeitet. Und solange nicht mehr Leute in diesem Geschäft arbeiten, die beide Seiten, Geschäft und Hardcore, kennen, solange werden Talente nicht wahrgenom-

men, wird man Stile erfinden, prägen, auf Züge aufspringen."

Doch selbst Rap ohne tiefgehende politische Aussage ist unter Beschuß, weil dort die Sprache der Straße verwendet wird. Weiße Politiker und Moral-Prediger gehen gegen "explicit lyrics" vor, in dem Wahn, nicht der gesellschaftliche Verfall der Marktwirtschaft bringe Kulturstile wie Rap hervor und spiegle sich dort wider, sondern umgekehrt. "Einig der älteren Leute beurteilen das Ganze so: 'Hey, laßt uns den Zensur-Sticker drauf tun, so daß die Kids die Platte nicht kaufen können, so daß sie unsere Cops nicht töten'. Es ist so dumm...'" sagt Jason, 11 Jahre.

Rap beginnt aus den amerikanischen Ghettos in die Köpfe Jugendlicher überall überzuschwappen. Längst rappen viele Weiße, rappen Iren, Niederländer und auch deutsche Bands. Überall sucht die Wut und Haltlosigkeit der Jugend auch musikalisch den Weg an die Oberfläche. Für viele ist Rap das Ding. Doch wenn Rap nicht in den Fängen der Plattenindustrie und von MTV steckenbleiben soll, wenn es mehr sein (werden) soll als ein Ventil um den Frust über Ghettos, Diskriminierung und Bevormundung herauszulassen, dann muß Rap ein lebendiger Teil des Kampfes gegen die Gesellschaft sein, die dies hervorbringt. "Fight the power - rap back"

Check it out.
Oliver, Kassel



Gegen das System

Interview mit Hip-Hoppern von NO REMORZE

Sonja von JRE Bremerhaven führte das Interview mit zwei Musikern der heimischen Hip Hop-Band NO REMORZE. NO REMORZE existiert seit Dezember 90. Bisher haben sie sechs Songs auf drei Samplern veröffentlicht. Der nächste Auftritt ist am 20. 8. in Köln auf der POPKOM-Messe.

VORAN: Wie lange gibt es Hip Hop?

NO REMORZE: In den frühen Siebziger Jahren begannen die Kids in den großen Städten, vor allem New York, mit dem Sprühen und dem Break-Dance. Gleichzeitig begann die Entwicklung des Rap. Die Leute trafen sich auf "Jams", wo sie Musik machten und dazu rappen. Anfangs war alles nur Party. Sie dachten, lieber singen, tanzen und malen als dealen, schießen und Drogen nehmen. Erst Bands wie Grandmaster Flash fingen an, den Rap/Hip Hop zu politisieren. Seitdem hat sich eine Wende hin zu antirassistischen und antisexistischen Songs vollzogen.

Was für eine Absicht steht hinter den Texten, speziell Euren. Wollt Ihr nur aufklären oder ruft Ihr auch zum Widerstand auf?

Eigentlich wollen wir aufklären. Wir wollen den Leuten sagen, so und so ist das. Natürlich sind wir gegen das System, denn das System macht den Rassismus. Wir wollen auch, daß dieses System zerschlagen wird, aber wir bieten keine Lösungen an.

Ihr habt also keine Parteien oder Organisationen, mit denen Ihr sympathisiert?

Wir sind wohl eher Anarchisten. In erster Linie natürlich Anti-Rassisten. Unsere Lieder sind Statements gegen den Rassismus. JRE ist aber gut.

Welche Unterschiede gibt es zwischen amerikanischem und europäischem Hip Hop?

Der amerikanische ist weitgehend kommerzialisiert. Die Bands sind völlig der

Industrie ausgeliefert, die die ganze Kultur dieses Stils kaputt macht. Zum Glück hat ein Teil der Musiker begonnen, sich wieder mit eigenen Labels und Studios unabhängig zu machen. In Europa machen wir noch völlig selbständig, was wir wollen. Es gibt gute Verbindungen unter den Musikern, auch europaweit. Das Interesse wird immer größer.

Wie sieht es aus mit Drogen und diesem ganzen kommerziellen Modetrend?

Ich persönlich halte gar nichts von Drogen, aber das soll jeder selber wissen. Da macht der Hip Hop keine Vorgaben.

Genauso ist es bei der Mode. Der Hip Hop hat da keine Regeln. Jeder zieht das an, was er will oder was am bequemsten beim Tanzen oder Sprühen ist. Baseballkappen oder Turnschuh sind keine Auflagen. Die Szene macht sich selbst.

Hat dieser Stil, also Hip Hop, denn in irgend einer Weise schon etwas erreicht, vor allem auf die USA bezogen?

Es gibt in den Ghettos weniger Schießereien und weniger Drogenmißbrauch. Die Bands drüben sagen, daß man den Medien nicht glauben darf, daß man sich selbst weiterbilden muß und daß man, wenn man Schwarzer ist, nicht zurückstecken soll, sondern kämpfen muß. Es gibt in den Staaten Bands, die auch Malcolm X und Martin Luther King sampeln.

Was ist mit den Bandenkriegen in den USA, was sagt Ihr dazu?

Bandenbildung und Gangs sind nicht im Sinn von Hip Hop!

Kommt Ihr mal zur JRE-Sitzung?

Klar, wenn wir Zeit haben auf jeden Fall. Im Moment gibt es leider ne Menge zu tun, im Herbst kommt eine Maxi von uns raus.

Vielen Dank für das Interview.

Filmkritik "Falling Down"

Ein ganz normaler Kleinbürger dreht durch / Rassistisches Propagandawerk?

Bill Foster steht an einem schwülen Sommertag im Stau, dreht plötzlich durch, läßt den Wagen stehen, macht sich zu Fuß quer durch die Stadt auf den Weg zu seiner geschiedenen Ex-Frau und Tochter und läuft Amok.

Michael Douglas setzt in eindrucksvoller schauspielerischer Leistung den Absturz des Helden in den Wahnsinn in Szene: kleinbürgerlich geprägter Angestellter in einem Rüstungskonzern, guter

Teilweise tritt er nach unten: gegen Latinos, Kriminelle, Penner. In einer Schlüsselszene trifft er, der potentielle Faschist des Kleinbürgertums mit weißem Hemd und Krawatte, auf einen glatzköpfigen Nazi aus dem Unterschicht-Milieu, der mit ihm gemeinsame Sache machen will. Für einen Moment hält Foster erschrocken inne: "Wir sind nicht gleich" und erschießt sein Unterschicht-Ebenenbild.



Michael Douglas als Amokläufer Bill Foster

amerikanischer Patriot mit Glauben an die Verfassungs-Ideale, ein ganz durchschnittlicher Ehemann und Vater mit aufblitzenden Neigungen zum Tyrannischen.

Eindringlich vermittelt wird der Verfall und die Brutalisierung der US-Gesellschaft. Inmitten von Chaos und unerträglichen, krankmachenden Lebensbedingungen, klammert sich Foster an die Familien-Illusion des trauten Heimes und die "guten alten Zeiten", als die Cola noch 50 Cent kostete. Als die vermeintliche Familienidylle wegbreicht und er auch noch arbeitslos wird, dreht er durch und schlägt wahllos um sich.

Auch an den wenigen Stellen, wo er nach "oben" ausschlägt (z.B. gegenüber einem Golfplatzbesitzer oder im Garten der Villa eines plastischen Chirurgen), ist dies mehr Ausdruck eines verschwommenen Gerechtigkeitsempfindens als des Klassenkampfes. An keiner Stelle verdichtet sich der Film zur grundlegenden Gesellschafts- oder gar Systemkritik. Stattdessen wird Foster der "gute" Held in Gestalt eines Polizisten gegenübergestellt. Dieser pflegt im Gegensatz zu seinen Kollegen keine rassistischen Vorurteile und kommt durch seine vorurteilsfreien Ermittlungen dem Amokläufer auf die Spur. Diese Figur des "guten" Hel-

den zeigt, daß der Film auch kein rassistisches Propaganda-Machwerk ist, nur weil es Latinos sind, die Foster beklauben und abstechen wollen, oder weil der Ladenbesitzer mit den überhöhten Preisen Koreaner ist. Der Film zeichnet, durchaus vielschichtig, das Psychogramm eines wildgewordenen Kleinbürgers, so wie er ist, und die bedrohliche Umwelt so, wie sie ihm erscheint.

Die Ausfälle des Helden sind oft so aufgebaut, daß sie Lacher provozieren, z.B. als er sich mit dem Filialleiter einer Hamburger-Kette anlegt, weil dieser ihn zwei Minuten nach der vorgeschriebenen Zeit nicht mehr von der Frühstückskarte bestellen lassen will. Wer möchte nicht fuchsteufelswild werden, wenn er mit Kleinkariertheit, Dauerstreß, Ungerechtigkeiten und Bedrohungen aller Art konfrontiert ist? Gefährlich ist, daß dadurch Sympathie mit dem Rambo-Helden geweckt wird.

Was der hilflose Journalismus treibt, indem er den Durchschnitts-Rassisten kommentarlos ins Mikro plaudern läßt, anschließend die Studio-Psychologen erklären, daß solche bedauerlichen Äußerungen auf Frust und Perspektivlosigkeit zurückzuführen seien - dies perfektioniert der Regisseur auf künstlerisch wertvollerem Niveau: Individualpsychologie vor gesellschaftlichem Hintergrund, aber ohne Erklärung der Zusammenhänge, von gesellschaftlichen Alternativen ganz zu schweigen. Insofern ist der Film ein typisches Produkt der jüngsten Zeit: gesellschaftliche Wirklichkeit wird in all ihren Widersprüchlichkeiten kommentarlos abgebildet, vermeintlich ideologiefrei und ohne ausdrückliche Botschaft. Dadurch wird aber die herrschende Ideologie einschließlich Rassismus gefördert.

Spannend, Diskussionen provozierend und damit sehenswert ist "Falling Down" aber auf jeden Fall.

Angela Bankert, Köln

Ursprünge des Rassismus

Wie es es möglich, daß nach den unzähligen Verbrechen des Kolonialismus und der Nazis, die zum großen Teil mit rassistischen Argumenten gerechtfertigt wurden, rassistische Denkweisen immer noch Unterstützung finden? Woher kommt die Einteilung der Menschen in verschiedene "Rassen"?

Im 15. Jahrhundert begannen europäische Seeleute, die Weltmeere zu befahren und nach neuen Handelswegen zu suchen. Dabei kamen sie in Kontakt mit dunkelhäutigen Menschen, die sie bis dahin nur vom Hörensagen kannten. Millionen von Schwarzen wurden von den Entdeckern und Eroberern versklavt.

Die Rechtfertigung der Sklaverei machte keine Probleme. In der Feudalgesellschaft hatte jeder Mensch seinen Platz, in den er oder sie hineingeboren wurde. Wenn das Kind einer Bäuerin von Geburt an zur Leibeigenschaft bestimmt war, warum dann nicht Schwarze ebenso zur Sklaverei?

Die Erfindung der "Rassen"

Eine "Rassentheorie", eine "wissenschaftliche" Einteilung der Menschen gab es im Feudalismus nicht. Die "gottgegebene" Ordnung war Rechtfertigung genug für die Ausplünderung und Versklavung anderer Völker. Aber die Feudalgesellschaft stieß immer mehr mit den Interessen des aufkommenden Kapitalismus zusammen. Kapitalisten gründeten Manufakturen und Fabriken, in denen eine große Zahl von Lohnabhängigen, von ProletarierInnen, arbeitete. Damit sich die kapitalistische Wirtschaft überhaupt entwickeln konnte, mußte die übrige Welt ausgeplündert werden. Die märchenhaften Reichtümer Indiens, das Gold der Inka, die riesigen Profite aus dem Sklavenhandel waren das Fundament, auf dem die Fabriken errichtet wurden. Die Baumwolle, auf der die Textilindustrie beruhte, wurde von schwarzen Sklaven gepflückt.

Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und mit ihr die enorme Weiterentwicklung der Naturwissenschaften führten zum Entstehen des Rassismus als geschlossenes Weltbild. Es klingt seltsam, daß ausgerechnet das Zeitalter der Aufklärung, eine Epoche großen Fortschritts für die Menschheit, den systematischen Rassismus hervorgebracht hat. Doch in dieser Zeit wurden die Naturwissenschaften systematisiert. Elemente, Pflanzen, Tiere und der Mensch wurden erfaßt, in Kategorien eingeteilt.

Die Wissenschaft drückte die Interessen der Kapitalisten aus wie vorher die Kirche die der Feudalherren. Statt der Rechtfertigung durch Gottes Gnaden wurde die soziale Ungleichheit mit der "wissenschaftlichen Analyse" von den angeborenen Unterschieden begründet.

Sowohl die Situation der arbeitenden Klasse als auch der Kolonialismus und Imperialismus gegenüber Asien, Afrika und Lateinamerika wurden damit gerechtfertigt.

Politischer Nutzen

Die Einteilungen in "Rassen" waren alle willkürlich. Die Einteilung der Menschen gemäß ihrer Hautfarbe ist genauso sinnvoll wie die gemäß ihrer Körpergröße oder Ohrform. Die Menschen, gleich welcher Herkunft, haben gleiche Fähigkeiten wie Sinneswahrnehmungen, Sprache, Denkvermögen. Eine klare Abgrenzung verschiedener Gruppen ist unmöglich. Immer wieder in der Geschichte kam es zu Völkerwanderungen und Kriegszügen. Staaten und Völker ent-

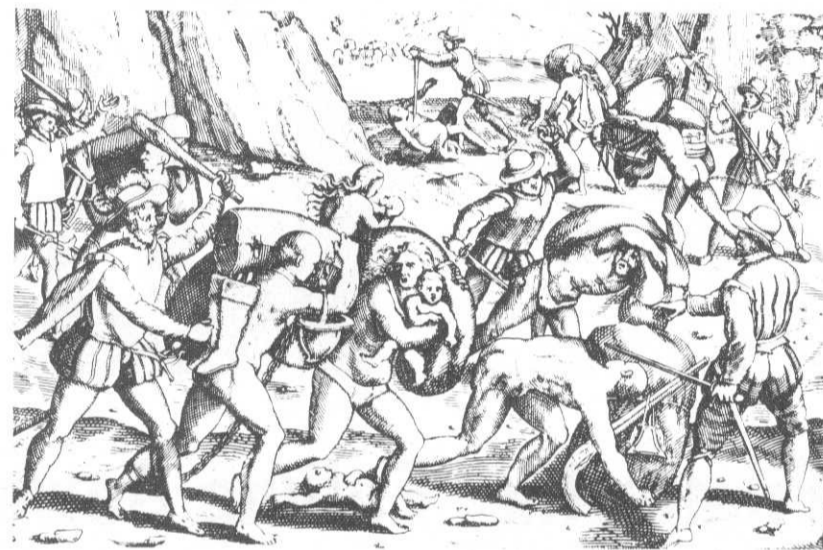


Illustration aus der ersten Dokumentation über die Versklavung und Ausrottung der indianischen Ureinwohner durch die spanischen Eroberer

standen als Überschichtungs- und Überlagerungsgesellschaften.

Die Nutzung der "Rassenkunde" wurde durch die politischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Die Menschen in China und Japan, die jahrhundertlang als hell wie die Europäer gegolten hatten, wurden um 1800 immer häufiger für gelb erklärt - Ostasien war als Kolonialgebiet interessant geworden.

Ein großer Teil der "Rassentheorien" wurde von aktiven Kolonialisten verfaßt.

Je nach politischer Konjunktur zerfielen auch "die Weißen" in verschiedene Rassen. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs paßten deutsche Autoren die Rassen der Kriegskoalition an. Die mit dem Reich verbündeten Tschechen, Kroaten oder Polen wurden zu "lateinischen Slawen", dafür wurden die gegnerischen

Russen zu Mongolen und die Engländer zu Kelten "umgeraßt".

Sozialdarwinismus

Die Evolutionstheorien Charles Darwins waren eine wichtige Weiterentwicklung der Naturwissenschaften. Darwin bewies die Entstehung und Veränderung der Arten, beschrieb die Naturgeschichte als Prozeß und widerlegte damit die kirchliche Schöpfungsgeschichte. Seine Ideen wurden von den Theoretikern des Imperialismus zum Sozialdarwinismus verändert und benutzt, um Unterdrückung und Ausbeutung zu rechtfertigen. Darwins Ausspruch vom "survival of the fittest" (= Überleben der am besten an die Umweltverhältnisse Angepaßten), mit dem er die Auswahl-

prozesse in der Natur beschrieb, wurde zum "Recht des Stärkeren" umgedeutet. Die Sozialdarwinisten behaupteten, es ginge um einen Kampf der "menschlichen Rassen" gegeneinander. So stellten sie den Kolonialismus der technisch überlegenen Europäer als "naturgegeben" dar.

Antisemitismus

Bis zum 1. Weltkrieg wurde die Welt zwischen den imperialistischen Mächten aufgeteilt. Der regierungsmäßige Rassismus konzentrierte sich auf die Begründung der "Minderwertigkeit der farbigen Rassen". Doch schon ab 1750 entstanden die ersten Theorien vom Ariertum. Sie behaupteten, die nordischen, germanischen Völker seien höherstehende, "unvermischte Rassen". Dieser Mythos von den Germanen als reine Nachkommen der Hochkulturen Indiens (Indogermanen) war blödsinnig, wurde aber weiterentwickelt. Erst vom Franzosen Gobineau, dann vom antisemitisch geprägten Kreis um Richard Wagner. Schließlich wurde der Wahn vom Ariertum mit der Lehre der Minderwertigkeit der Juden und der Schwarzen von Wagners Schwiegersohn Chamberlain (1855-1927) systematisiert. Dessen "Erkenntnisse" bildeten die Grundlage für Hitlers "Mein Kampf".

Niedergang des Kapitalismus

Diese anfänglichen irren Randererscheinungen der Rassenlehre hatten in der Krisenepoche des Kapitalismus grausige Konsequenzen. Rassismus und Nationalismus wurden weiterhin von den Herrschenden eingesetzt. Doch es gab weniger zu verteilen in der Welt. Rassismus war weniger Rechtfertigung der kolonialen Ausbeutung, er wurde innerhalb der Länder zur Aufspaltung der

Bevölkerung eingesetzt, um Sündenböcke zu finden.

Die Krise der zwanziger und dreißiger Jahre zerrieb die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen den großen Konzernen und dem Proletariat. Bauern, Handwerker, Händler, Beamte und Angestellte wurden ruiniert, das Abrutschen in die verarmte Arbeiterschaft drohte. Auch das kleinbürgerliche Wertesystem ging kaputt, diese Schicht wurde in allen Bereichen überflüssig.

Nach politischen Niederlagen der Arbeiterbewegung liefen Massen der Kleinbürgertums zu den vom Großkapital finanzierten Nazis über. Sie suchten ideologisch ihr Heil im Leugnen der Gegenwart: "Auf der Ebene der Politik ist Rassismus eine aufgeblasene Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besüßt sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse." schrieb der russische Marxist Leo Trotzki 1933. "Der Faschismus entdeckt den Bodensatz der Gesellschaft für die Politik. Nicht nur in den Bauernhäusern, sondern auch in den Wolkenkratzen der Städte lebt neben dem zwanzigsten Jahrhundert heute noch das zehnte oder dreizehnte... Was für uner schöpfliche Vorräte an Finsternis, Unwissenheit, Wildheit! Die Verzweiflung hat sie auf die Beine gebracht, der Faschismus wies ihnen die Richtung... die kapitalistische Zivilisation erbricht die unverdaute Barbarei."

Der bis zur grausigen Konsequenz getriebene Rassismus der deutschen Nazis war zusammen mit dem enormen Hunger der Konzerne nach billigen Arbeitskräften und Land die Grundlage für das am besten geplante und umfassendste Verbrechen der Menschheitsgeschichte, die Vernichtung von Millionen

"Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besüßt sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse."

Leo Trotzki

Menschen im Krieg und in den Konzentrationslagern.

Nach dem Krieg gab es in Westeuropa, vor allem in der BRD, kein Bedürfnis nach "neuem Lebensraum" mehr, sondern Arbeitskräftemangel. Millionen ArbeiterInnen von der Türkei bis Portugal wurden nach Deutschland geholt.

Der "neue" Rassismus

Mitte der Siebziger Jahre endete die Aufschwungsepoche nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Kapitalisten begannen, die Zahl der Lohnabhängigen ohne deutschen Paß abzubauen. Bis dahin waren die Wanderungsbewegungen vor allem durch das Bedürfnis des Kapitals bestimmt worden. In den letzten zwanzig Jahren hat der Kapitalismus in seinen Zentren keine große Nachfrage nach Arbeitskräften mehr. Dafür zerstört er an seinen Rändern in der "Dritten Welt" und jetzt auch in Osteuropa immer rücksichtsloser die alte Sozialstruktur, rückt etwas Neues an ihrer Stelle zu bauen. Damit zwingt er Menschen zur Auswanderung, die dann bei uns als "Wirt-

schaftsflüchtlinge" beschimpft werden.

Um diese Menschen fernzuhalten und uns Eingeborene von der Krise abzulenken, wird der Rassismus wieder aufgepoliert. Die brutale Variante, andere "Rassen" für minderwertig zu erklären oder ihnen das Menschsein abzusprechen, hat seit dem Holocaust keine breite Grundlage in der Gesellschaft. Doch solange es nicht darum geht, andere Länder zu unterwerfen, müssen die anderen "Rassen" nicht für minderwertig erklärt werden. Es reicht zu behaupten, sie seien halt anders und es sei nicht gut, wenn sich verschiedene Kulturen oder Rassen vermischen. Als Konsequenz verkünden sie: "Afrika den Afrikanern, die Türkei den Türken. Deutschland den Deutschen." Auch der "aufgeklärte" Rassismus ist nichts als die Aufforderung zu blutigen Pogromen.

Dieser "neue Rassismus" ist auch nicht neu. Begründet ist er genausowenig. Die Kultur eines Menschen ist nichts Angeborenes. Auch innerhalb eines Volkes gibt es keine einheitliche Kultur. Die verschiedenen Klassen, Geschlechter oder Altersgruppen haben verschiedene Kulturen. Wer spricht dieselbe Sprache, hört dieselbe Musik, sieht die gleichen Fernsehsendungen und Filme, zieht sich genauso an wie seine Eltern? Auch ohne "AusländerInnen" hätten wir eine "multikulturelle Gesellschaft". Wem das nicht paßt, will im Endeffekt auch "deutschen" Jugendlichen und ArbeiterInnen vorschreiben, wie sie zu leben haben. Rassismus ist gegen alle Menschen gerichtete, egal ob sie einen deutschen Paß haben oder nicht.

Spaltung

Warum fallen trotzdem Menschen darauf herein? Der Kapitalismus gibt dem Rassismus ständig neue Nahrung.

Er beruht auf dem Widerspruch, daß die Menschen auf dem Papier gleichberechtigt sind, aber es trotzdem Reiche und Arme, Mächtige und Machtlose gibt. Die bürgerliche Auffassung führt die gesellschaftlichen Unterschiede auf angeborene Intelligenz, Fleiß und andere Charaktereigenschaften zurück.

Um diese Vorurteile zu untermauern, wird bis heute großer "wissenschaftlicher" Aufwand

getrieben. Der Genetiker Cyril Burt ist dafür von der englischen Königin sogar geädelt worden. Allzu fleißig war er aber nicht: die Zahlen, mit denen er seine Theorien bewies, hat er einfach erfunden. Eine Variante dieses Märchens von den angeborenen Unterschieden der Menschen sind eben die "angeborenen Rassenunterschiede". Sie sind wunderbar geeignet, um die ArbeiterInnen zu spalten. Die arbeitende Mehrheit wird aufgesplittet bezüglich Ausbildung, Bezahlung, Arbeitsbedingungen oder Arbeitsplatzsicherheit. Vorurteile werden verbreitet, um den Blick auf die wirklichen Ursachen der Krisen zu verstellen. "Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist bedroht, wir können uns Flüchtlinge, die uns nur Geld kosten, nicht leisten. 'Gastarbeiter' sind öfter krank, nicht so fleißig und gewissenhaft usw."

Solange eine auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Gesellschaft existiert, wird auch der Rassismus ein wichtiger Bestandteil sein, um die Zustände zu rechtfertigen und die Wirklichkeit zu verhüllen.

Rassismus und Arbeiterbewegung

SPD und Gewerkschaften sind einmal geschaffen worden zum Kampf gegen den Kapitalismus, für die Solidarität der Arbeitenden aller Länder. Aber diese Organisationen haben schon bald ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht - und sind deshalb vom rassistischen Gift infiziert worden.

Schon 1907 hat die Sozialistische Internationale nur noch mit knapper Mehrheit eine prinzipielle Ablehnung des Kolonialismus beschlossen. Der Theoretiker des rechten SPD-Flügels Bernstein (der von der SPD-Führung längst rechts überholt wurde) plädierte für eine "sozialistische Kolonialpolitik": "Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit". 1914 ging die mit dem Kolonial-Rassismus gesäte Saat des Opportunismus und Nationalismus auf. Die internationale Sozialdemokratie stimmte dem Gemetzel des Ersten Weltkriegs zu. Von 1914 bis zur Asylrechtsänderung ist die SPD immer wieder vor dem Rassismus in die Knie gegangen. Der Kampf gegen den Rassismus muß auch innerhalb der Arbeiterbewegung bewußt geführt werden. Mit frommen Reden von "Ausländerfreundlichkeit" dürfen wir uns nicht von den Führern der Organisationen abspesen lassen.



Wartende vor einem Arbeitsamt in Berlin: Fremdenhaß typische Reaktion?

dererseits erkennen die Arbeiter verschiedener Nationalität im Kampf ihre gemeinsamen Interessen. Die anerzogenen Vorurteile werden so durch die eigene Erfahrung überwunden. Sozialisten stellen der rassistischen Ideologie eine internationalistische entgegen.

Für den politischen Kampf ist beides wichtig: Nicht zu vergessen, daß auch klassenbewußte Arbeiter nicht frei von rassistischen Verhaltensweisen und Ideen sind - aber auch den Hauptgegner in dem gezielten Rassismus der Herrschenden zu sehen und diesen zu bekämpfen.

Was ist der Unterschied zwischen Rassismus und Faschismus?

Rassismus und Faschismus werden oft in einem Atemzug genannt. Es gibt Rassismus ohne Faschismus. Rassismus ist die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder anderer körperlicher Merkmale bzw. ihrer Abstammung. In Deutschland wird die Ungleichbehandlung von hier geborenen aber nicht von Deutschen abstammenden Menschen in Ausländergesetzen festgeschrieben, die sogenannte Ausländer zu Menschen zweiter Klasse machen. Insofern ist die BRD ein rassistischer Staat. Ein faschistischer Staat ist Deutschland nicht.

Der Faschismus ist eine extreme Herrschaftsform in der kapitalistischen

Ordnung. Hier gab es Rassentrennung trotz der Boom-Zeiten in den 50er und 60er Jahren. Die Feststellung des amerikanischen Schwarzenführers Malcolm X, daß es keinen Kapitalismus ohne Rassismus geben kann, stammt aus den 60er Jahren.

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft führt dazu, daß die Herrschenden die rassistische Karte ziehen und ausspielen. Doch vorhanden ist Diskriminierung in jeder Gesellschaft, die auf Ausbeutung beruht, auch wenn sie in ruhigeren Zeiten nicht im Vordergrund steht.

Wie können Rassismus und Faschismus abgeschafft werden?

Wenn die ArbeiterInnen den Kampf gegen die wirklichen Verursacher sozialer Probleme führen, wird der Stundloppolitik der Herrschenden der Boden entzogen. Wie in der Antwort auf die erste Frage erklärt wurde, ist in breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung das Bewußtsein vorhanden, daß man eigentlich gegen "die da oben" vorgehen muß. Gleichzeitig gibt es die rassistischen Vorurteile, die zurückgedrängt werden, wenn sich Kämpfe entwickeln. In solchen Auseinandersetzungen erfahren ArbeiterInnen, daß sie wie ihre ausländischen KollegInnen einen gemeinsamen Gegner in Gestalt der Kapitalisten

Kapitalismus ohne Rassismus ist nicht möglich (Malcolm X)

Zusammenhänge zwischen sozialen Problemen und Fremdenhaß / Rassismus ist nicht die natürliche Reaktion auf eine Wirtschaftskrise

Für Antifaschisten stellen sich viele Fragen über Ursachen und Wirkungen von Rassismus und Faschismus. Die bürgerlichen Politiker und die Medien versuchen, die Ursachen zu vertuschen. Erst einmal wird verschwiegen, heruntergespielt. Wenn sich das nicht mehr durchhalten läßt, werden die "Einzeltäter" entdeckt. Diese Jungnazis werden oft als Opfer dargestellt. Auch kritische Gesellschaftswissenschaftler beschreiben den Haß auf alles Fremde als natürliche Re-

aktion der "einfachen Leute" auf die Wirtschaftskrise. Wir wollen im folgenden Text auf einige Fragen eingehen, die oft auftauchen.

mit Problemen gegen die Ursachen ihrer Probleme wenden. Immer wieder haben Arbeiter gegen ihre Unternehmer für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Heute organisieren sich in der BRD Millionen von Menschen in den Gewerkschaften, Hunderttausende sind in Initiativen organisiert, um die Ursachen ihrer Probleme - sei es Wohnungsnot oder Umweltverschmutzung - anzugehen.

Soziale Probleme bieten aber den Herrschenden die Möglichkeit, durch

macht. Auch die Gewerkschaften haben nur mit lauwarmen Worte protestiert.

SPD und Gewerkschaften haben auch darauf verzichtet, entschieden gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu kämpfen und unterstützen die "Gürtel-enger-schnallen"-Aufrufe - die Gewerkschaften zaghaft, die SPD-Spitze mit vollem Schwung. Die ArbeiterInnen, die von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sozialem Abstieg bedroht sind, sehen keine Perspektive. Auf dieser Grundlage können rassistische Ideen sich auch unter ArbeiterInnen verbreiten. "Wenn man schon nicht gegen die Bonzen ankommen kann, dann sollen wenigstens die Flüchtlinge raus, die uns auf der Tasche liegen" denken viele. Doch nicht die sozialen Probleme an sich, sondern bewußte politische Strategien verschaffen dem Rassismus massenhafte Unterstützung.

Aber lehnen wir nicht alle erst einmal "das Fremde" ab und haben somit eine rassistische Grundeinstellung?

Menschen werden durch die Gesellschaft, in der sie aufwachsen und leben, geprägt. Die herrschenden Ideen sind immer die der herrschenden Klasse. Das bedeutet, daß uns von Kindesbeinen an Dinge tief eingebrannt werden, die wir nur in einem langen Bewußtseinsprozeß ablegen können - und selbst dann oft nicht völlig. Ein Beispiel hierfür sind die unterschiedlichen Geschlechterrollen, die wir anerzogen bekommen. Selbst bei Männern, die bewußt antisexistisch sind, wird man feststellen, daß sie nicht alle sexistischen Vorurteile und Verhaltensweisen ablegen können.

Ähnlich verhält es sich mit der Frage, ob Rassismus zur Grundeinstellung von Menschen gehört. Die kapitalistische Gesellschaft und ihre Ideologie, von der wir geprägt sind, beinhalten Nationalismus und Rassismus. Wir sollen uns als Deutsche sehen und nicht als ArbeiterInnen in einer Klassengesellschaft. Wir sollen mehr Verbundenheit mit deutschen Kapitalisten entwickelten, als mit den ArbeiterInnen anderer Länder. An-

Gesellschaft. Der Faschismus kommt dann zum Zuge, wenn die anderen Herrschaftsformen nicht mehr funktionieren und die Kapitalisten Angst vor einer sozialen Revolution haben müssen. Ziel des Faschismus ist die Beseitigung aller demokratischen Rechte und die Zerschlagung der Organisationen der Arbei-

bzw. der Regierung haben.

Diese Entwicklung muß jedoch durch eine bewußte antirassistische Politik der Arbeiterbewegung unterstützt werden. Und vor allem müssen die faschistischen und rassistischen Organisationen, die uns bedrohen, direkt bekämpft und zurückgeschlagen werden.

Solche Kämpfe können jedoch Rassismus und Faschismus nur zeitweilig zurückdrängen. Nur eine erfolgreiche sozialistische Revolution und der Aufbau einer Gesellschaft, die nicht mehr am Profit für wenige, sondern an den Bedürfnissen aller orientiert ist, kann diese Übel endgültig beseitigen. Nur wenn die Macht demokratisch von der arbeitenden Bevölkerung ausgeübt wird, gibt es kein Interesse mehr, eben diese arbeitende Bevölkerung zu spalten. Nur wenn alle Menschen eine Zukunftsperspektive haben, wird es unmöglich, Ängste zu schüren bzw. auszunutzen und Sündenböcke zu schaffen.

Würde es ausreichen, Wohnungen und Arbeitsplätze für alle zu schaffen, um dem Rassismus den Boden zu entziehen?

Würde in einer sozialistischen Demokratie der Rassismus also automatisch verschwinden?

Nein. Eine sozialistische Demokratie würde die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für die vollkommene Abschaffung von Rassismus und Sexismus schaffen. Das ist der wichtigste Schritt. Aber mit neuen Wirtschafts- und Machtverhältnissen werden nicht die Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft auf einmal aus den Köpfen verschwinden. Ein bewußter Kampf gegen Vorurteile wäre auch in einer sozialistischen Gesellschaft nötig.

Diese Seiten wurden zusammengestellt von Wolfram, Stuttgart, Claus und Sascha, Köln.



Hoyerswerda 1991

aktion der "einfachen Leute" auf die Wirtschaftskrise. Wir wollen im folgenden Text auf einige Fragen eingehen, die oft auftauchen.

Ist Rassismus das natürliche Ergebnis sozialer Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut?

Nein. Soziale Probleme führen nicht automatisch zu Rassismus. Die "natürliche Reaktion" ist, daß sich die Menschen

Rassismus Sündenböcke zu schaffen und damit von den Ursachen abzulenken. Sie sind umso erfolgreicher, je weniger der Spaltungsstrategie politische Alternativen entgegengesetzt werden. Die Kohl-Regierung hat die Flüchtlinge zu Sündenböcken gemacht. Seit 1982 läuft, mal mehr, mal weniger intensiv, die "Asylbetrüger"-Kampagne. Die SPD hat dem nichts entgegengesetzt. Sie ist eingeknickt und hat die Propaganda mitge-



Internationale Notizen

Ukraine: Generalstreik

Mitte Juni haben Zehntausende von Arbeitern die Ukraine lahmgelegt. Der Streik begann bei den Bergarbeitern des Donezk-Kohlebeckens und dehnte sich auf 200 Gruben und 440 Fabriken und Behörden aus. Die Ursache des Streiks waren Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel. Die Regierung von Präsident Krawtschuk war gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Sie versprach, die Mindestlöhne zu erhöhen, und die Lohnsteuern zu senken. Bisher hat Krawtschuk versucht, durch aggressiven ukrainischen Nationalismus das Land zusammenzuhalten. Doch davon werden die Arbeiter nicht satt. Eine politische Alternative zu den marktwirtschaftlichen Reformen hat die Streikbewegung nicht, aber sie wehrt sich gegen die Folgen der Einführung des Kapitalismus. Ein Arbeiter: "Markt? Kapitalismus? Wir wissen es nicht. Wir wollen in einer menschenwürdigen Gesellschaft leben, wo unsere Kinder genug zu essen haben."

Bosnien: Einigung

Der "Frieden" im ehemaligen Jugoslawien rückt näher. Die kroatischen und serbischen Kriegsherren sind sich einig. Sie wollen Bosnien-Herzegowina in drei Staaten aufteilen, die dann eine Konföderation bilden sollen. Damit sind genug Hintertüren offen, damit sich die serbischen und kroatischen Teile an die "Mutterländer" anschließen können. Den Moslems würden zwei kleine Gebiete als "Staat" übrigbleiben. Die Bewahrer der Menschenrechte in der EG und der UNO sind hochzufrieden mit dieser Einigung und drängen die Moslems zur Annahme. Nach Monaten von Propaganda gegen die Serben will der Westen jetzt die Massenvertreibungen bestätigen. Die profitable Friedhofsruhe soll auf dem Balkan einziehen. Die Bundesregierung hat ihr Ziel erreicht: der jugoslawische Bürgerkrieg konnte dazu genutzt werden, die Bundesbürger darauf vorzubereiten, daß "unsere Jungs" in aller Welt mitmischen.

Raketen gegen Irak

In der Nacht zum 27. 6. wurden erneut 23 amerikanische Tomahawk-Marschflugkörper auf das irakische Geheimdienstquartier in Bagdad abgeschossen. Dabei wurden vier Wohnhäuser total zerstört, 33 beschädigt. Nach Angaben der BBC wurden sechs Menschen getötet. Eine Warnung gab es nicht. Vorwand diesmal: Ein angeblich vom irakischen Geheimdienst geplantes Attentat auf Ex-Präsident Bush bei seinem Kuwait-Besuch im April. Der Sinn hinter dem Terror gegen die irakische Bevölkerung ist innenpolitischer Natur: der Traum von Veränderungen durch Clinton ist ausgeträumt, die Menschen in den USA sehen, daß die Herrschaft des "Big Business" bleibt. Doch wenn Clinton die Wut auf Saddam lenken will, sollte er sich andere Vorwände aussuchen. Bei Umfragen im Mai sprachen sich 57 Prozent gegen Militärschläge wegen des Bush-Attentats aus. Dem guten George hätten wohl nur wenige eine Träne nachgeweiht. . .

Heucheln um die Wette

Türkische Regierung versucht durch aggressiven Nationalismus von der wirtschaftlichen Lage abzulenken

Die Heuchelei deutscher Politiker nach den Morden von Solingen ist zum Kotzen. Mit ihrer Doppelzüngigkeit stehen sie nicht allein. Der türkische Staatspräsident Demirel sagte in einem Interview: "Ein größeres Europa muß ein Europa mit offenen Grenzen und uneingeschränkter Bewegungsfreiheit sein. Das verträgt sich schlecht mit Rassismus und Fremdenhaß." (SPIEGEL, 7. 6. 93). Im selben Monat entwarf die türkische Regierung ein Gesetz, das die Einbürgerung in die Türkei für ausländische Frauen, die einen Türken geheiratet haben, erschwert. Das ist nur ein Detail der nationalistischen Politik Ankaras.

In der Türkei wird die kurdische Minderheit seit Jahrzehnten unterdrückt. Laut türkischer Verfassung gibt es keine kurdische Nation. Der Gebrauch der kurdischen Sprache war bis Anfang 1991 offiziell verboten. In dem Gebiet der Kurden im Osten der Türkei herrscht seit 1987 der Ausnahmezustand.

Im März hatte die "Kurdische Arbeiterpartei - PKK" einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen. Die türkische Regierung erkannte diesen nicht an. Im Juni hat die PKK den Waffenstillstand beendet.

Unterdrückung Kurdistans

Ende Mai fuhr eine Delegation von Gewerkschaftern, Rechtsanwälten und Ärzten aus Hamburg und Bremen nach Istanbul und Diyarbakir und Batman (Kurdistan). In ihrem Bericht heißt es: "Auch während des Waffenstillstandes bombardierte das türkische Militär weiterhin kurdische Dörfer und die Stellungen der kurdischen Guerilla. Häuser wurden verbrannt, die Ernte vernichtet, das Vieh getötet und die Bewohner vertrieben. Seit dem Waffenstillstand (15. 3. 93) bis Ende Mai sollen ca. 60 Dörfer zerstört worden sein. 105 Menschen wurden ermordet, davon 70 Angehörige der Guerilla. Die politischen Prozesse gehen in gleichem Umfang weiter. Alle Angeklagten vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir berichten über die Anwendung von Folter."

Selbst Kinder und Jugendliche werden gefoltert und auf Grund unter Folter erzwungener Geständnisse vor Gericht gestellt und verurteilt. . . Prozesse wer-

den ohne Anwesenheit der Angeklagten durchgeführt. Die Zusagen, deutsche Waffen würden nicht im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt, entsprechen nicht den Tatsachen. Dies muß der Bundesregierung bekannt sein."

Daß die Aktionen des türkischen Mi-

"nur" gegen Kurden. Der 1. Mai ist als Feiertag verboten. Demonstrationen der Arbeiter wurden immer wieder gewaltsam aufgelöst, demonstrierende Arbeiter wurden erschossen. Laut "amnesty international" ist Folter in den türkischen Gefängnissen die Regel.

fahren konnten. Sie beschlossen, zu Fuß zu der 280 km entfernten Hauptstadt zu gehen. Der Marsch schwoll auf 80 000 Teilnehmer an. Im ganzen Land solidarisierten sich Arbeiter mit den Bergleuten. Dann wurde der Marsch durch Straßenblockaden von der Polizei gewaltsam



Kurdische Jugendliche protestieren gegen die türkische Armee

litärs nicht gegen "Terroristen" gerichtet sind, zeigen die Ereignisse am kurdischen Neujahrsfest Newroz im März 1992. Zehntausende von Menschen gingen friedlich auf die Straße, riefen Parolen und schwenkten die verbotene Flagge des unabhängigen Kurdistan. Die Armee riegelte die Städte Cizre und Sirmak ab. Sie schoß in die Demonstrationen und tötete über 100 Menschen.

Die türkische Variante der Todeschwadronen, die aus Soldaten und Polizisten bestehende Gladio (= Schwert) Einheit hat kritische Politiker und Journalisten auf ihre Abschlußliste gesetzt. Die Türkei ist eines der gefährlichsten Länder für Journalisten, die nicht schreiben, was der Regierung paßt. Allein 1992 wurden 14 Journalisten von Killertruppen umgebracht.

Der staatliche Terror richtet sich nicht

Arbeiterproteste

Unterdrückung der Arbeiter hat in der Türkei Tradition. 1960, 1971 und 1980 putschte das Militär. Nach dem Putsch 1980 wurde gewerkschaftliche Arbeit unmöglich gemacht. Streiks wurden verboten, viele Gewerkschafter verhaftet und gefoltert. Heute stehen die Militärs immer noch hinter den Kulissen und geben Anweisungen. Die Gefahr eines neuen Militärputsches ist nicht gebannt. Was die Regierung von demokratischen Rechten hält, zeigte sie im berühmt gewordenen Kampf der Bergarbeiter von Zonguldak. Ende 1990/Anfang 1991 streikten die Bergarbeiter für höhere Löhne. Durch Straßenblockaden rings um die Stadt verhinderte die Polizei, daß sie mit Bussen zu einer Demonstration vor dem Regierungssitz nach Ankara

gestoppt. 201 Arbeiter wurden verhaftet. 14 Tage später wurden sämtliche Streiks verboten.

Spaltungsversuche

Die neue türkische Ministerpräsidentin, die erste Frau in diesem Amt, ist keine Freundin der "kleinen Leute". Sie verfolgt einen harten Wirtschaftskurs, unter anderem durch die Privatisierung von Staatsunternehmen. Ihr privates Vermögen wird auf 70-100 Millionen Mark geschätzt.

In Deutschland versuchte der türkische Botschafter nach Solingen, die türkischen Jugendlichen zu beschwichtigen. Schließlich will man es sich nicht mit der Regierung in Bonn verderben. Die Waffen- und Militärhilfe von Deutschland an die Türkei geht weiter.

In der Türkei selbst werden nationalistischere Töne gegen "die Deutschen" angeschlagen. Kohl und der türkische Ministerpräsident Demirel haben beide Interesse daran, deutsche und türkische Arbeiter und Jugendliche zu spalten. Sie betrachten dies von ihrem Klassenstandpunkt aus. Kohl kümmert es nicht, wenn mit deutschen Waffen Kurden verfolgt werden und Demirel hat nichts gegen Ungleichbehandlung von Türken in Deutschland auszusetzen. Dies bietet für die Regierung in Ankara den Ansatzpunkt, um von innenpolitischen Problemen wie der hohen Arbeitslosigkeit und der Inflationsrate von ca. 70 Prozent abzulenken. Diskriminierte Türken in Deutschland werden von der Türkei benutzt, um die "nationale Einheit" zu wahren, auch wenn der Lebensstandard der ArbeiterInnen in der Türkei sinkt.

Demirel hat auch keine grundsätzlichen Probleme mit Faschisten. 1979 leitete er eine Regierung unter Beteiligung der faschistischen MHP, deren paramilitärische Terrorgruppe die "Grauen Wölfe" (siehe nebenstehender Artikel) sind. Die "Grauen Wölfe" versuchen zur Zeit in Deutschland, die Wut und die Gegenwehr der türkischen Jugendlichen in nationalistische Bahnen zu lenken und Anhänger für sich zu gewinnen.

Der alte Grundsatz der Arbeiterbewegung "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" ist aktueller denn je.

Für die Einheit von türkischen, kurdischen und deutschen Arbeitern und Jugendlichen im Kampf gegen Rassismus, Faschismus und Unterdrückung.

Georg Kümmel, Aachen

Die "Grauen Wölfe"

Türkische Faschisten auf dem Vormarsch / Hilfstruppen der Militärs

Nach Solingen sind die "Grauen Wölfe" sehr aktiv. Ihre Funktionäre haben die Wut der türkischen Jugend über den Rassismus in Deutschland benutzt, um auf Demonstrationen gewalttätige Provokationen zu starten. Sie stellen sich als



Türkische Nationalisten

die einzigen dar, die konsequent gegen die Nazis kämpfen und haben so den Respekt vieler türkischer Jugendlicher gewonnen. Doch mit der "Anti-Nazi-Haltung" der "Wölfe" ist es nicht weit her. Sie schreien, wenn Türken ermordet werden, gegen Flüchtlinge aus Kurdistan oder Afrika hetzen auch sie.

Ihr Gründer ist Alparslan Türkeş. Er war im Zweiten Weltkrieg Offizier und Verbindungsmann zu den deutschen Na-

zis. Mit dem CIA arbeitete er in der Nachkriegszeit an der Aufstellung antikommunistischer Untergrundgruppen ("Gegen-Guerilla"). 1969 gründete er die MHP (Partei der nationalen Bewegung), um in der Türkei eine faschistische Massenbewegung aufzubauen. Zu den Schulungsmaterialien gehörten Hitlers "Mein Kampf" und Schriften der SA. In den Siebzigern gab es freundschaftliche Gespräche mit den deutschen Nazis der NPD. Aus den Reihen der MHP und ihrer Jugendorganisation rekrutieren sich die "Grauen Wölfe". Sie sind die zum militärischen Kampf ausgebildeten und gewalttätigen Kommandos der türkischen Rechten. Sie tarnen sich in Deutschland durch Kultur-, Moscheen und sogenannte Idealistenvereine. Sie sind verantwortlich für Überfälle auf Linke und Gewerkschafter. 1980 ermordeten sie in Berlin den IG Metall-Vertrauensmann Celattin Kesim.

Ihre "Glanzzeit" hatten sie in den Siebziger Jahren. In der Türkei gab es starke soziale Gegensätze. Eine junge, militante Arbeiterbewegung bereitete den türkischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern Kopfschmerzen. Sie pöbelten die MHP und andere Faschisten-Truppen hoch. Bis 1979 wurden 3000 rechte Attentate verübt. Allein bei der Mai-Kundgebung in Istanbul 1977

(1 Million Teilnehmer) wurden 36 Menschen durch einen Anschlag ermordet. Dieser Terror half, das Land zu verunsichern. Ein Militärputsch 1980 stellte "Ruhe und Ordnung" im Sinne der Herrschenden her. Die Faschisten, die selber an die Macht kommen wollten, hatten für Militärs und Unternehmer ihre Schuldigkeit getan und wurden kaltgestellt. Türkes landete im Gefängnis. Das war jedoch nichts gegen den Terror, dem die türkische Arbeiterbewegung und die Linke ausgesetzt war.

In den Achtzigern waren die Faschisten bedeutungslos. Doch mit der Zunahme der sozialen Spannungen in der BRD und der Türkei und den Großmachtplänen des türkischen Kapitals in Mittelasien wittern die "Grauen Wölfe" Morgenluft. Die Regierung setzt sie zusammen mit anderen Nationalisten und Islamisten stärker ein, um Hetze gegen die Linke und die Kurden zu verbreiten. In der BRD ist ihr strategischer Zweck, vor allem die türkische Jugend von der deutschen Arbeiter- und antifaschistischen Bewegung zu trennen, um so eine Basis für den türkischen Nationalismus zu erhalten und die internationale Solidarität zu verhindern. Die "Grauen Wölfe" sind ebenso wie deutsche Nazis bereit zum Terror. Die Antifa-Bewegung wird sich mit ihnen auseinandersetzen müssen.

Solidarität mit dem kurdischen Volk

Gegen die Kriminalisierung der PKK / Für die Einheit der Arbeiter und Bauern

Nach den europaweiten Konsultatsbesetzungen, Geiselnahmen und Protestaktionen läuft eine Propagandawelle gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Politiker der CDU und der SPD überlegen, die PKK auch in Deutschland zu verbieten. Auf zynische Weise benutzt die Bundesregierung die kurdischen Aktionen, um vom wirklichen rechten Terror abzulenken und den angeblichen "linken Terror" in den Vordergrund zu rücken.

Die Tatsachen werden verdreht. Die Konsultatsbesetzer und Demonstranten haben niemanden getötet oder verletzt. Die kurdischen Aktionen wurden mit Sondersendungen und gehetzten Reportern zu dramatischen Ereignissen hochgepusht. Es waren türkische Konsultatsangehörige in der Schweiz, die in die Menge geschossen und einen Menschen getötet haben.

Den Kurden werden die elementaren Rechte verweigert, die türkische Armee führt seit Jahren einen Krieg mit "Elementen ethnischer Säuberung" (Frankfurter Rundschau, 28. 6. 93).

Die Unterdrückung läßt den Menschen keine Wahl als die Gegenwehr. Wer sich gegen die militärische Besetzung durch die Türkei wehren will, schließt sich zwangsläufig der "Arbeiterpartei" an. Wir unterstützen das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung und die bewaffnete Verteidigung gegen die Überfälle der türkischen Armee. Wir wenden uns gegen die Kriminalisierung kurdischer Organisationen und die Diskriminierung von Kurden als "Terroristen". Wir fordern das Bleiberecht für kurdische Flüchtlinge in Deutschland. Es ist ein Skandal, wenn jetzt das SPD-regierte Land Hessen die gegen die Kurden mobilisierte öffentliche Meinung nutzen will, den Abschiebestop aufzuheben.

Arbeitereinheit

Wir lehnen jedoch die Methoden der PKK ab. Die Botschaftsbesetzungen haben auf die Lage des kurdischen Volkes

aufmerksam gemacht. Aber sie schaffen für die Regierungen in Bonn und Ankara gute Gelegenheiten, den kurdischen Kampf zu kriminalisieren. Bombenanschläge gegen Zivilisten isolieren das kurdische Volk. Die Ankündigung des PKK-Chefs Öcalan, den bewaffneten Kampf in die Tourismus-Gebiete der Türkei zu tragen, ist gefährlich. Auch wenn die PKK nicht verantwortlich für den Bombenanschlag von Antalya ist - den Agenten des türkischen Geheimdienstes sind solche Taten sehr gut zuzutrauen - verbauen solche Drohungen den Kurden den Weg zu den türkischen Arbeitern und Bauern. Sie spielen den Unterdrückern in die Hände. Die Strategie der Befreiungsfront darf nicht sein, aus lauter Verzweiflung wild um sich zu schlagen.

Wir halten es in der Türkei für falsch, den Guerilla-Krieg in den Bergen zur Hauptkampfmethode zu machen. Die gemeinsamen Interessen der kurdischen und türkischen Arbeiter und Bauern im ganzen Land müssen betont werden. Ein Ziel der kurdischen Organisationen muß sein, die Massen in den Städten der Westtürkei und die Immigranten in Europa gegen die arbeiterfeindliche Regierung in Ankara zu mobilisieren. Dazu bedarf es eines sozialistischen Programms und des Aufbaus starker Gewerkschaften und politischer Organisationen. Die Einheit der Arbeiter wird nicht durch Drohungen gefördert, Zivilisten und Urlauber in die Luft zu sprengen.

Claus Ludwig, Köln

NKULULEKO!

Kampagne zur Freilassung politischer Gefangener in Südafrika: der Kampf geht weiter

Mit einem Hungerstreik vom 1. Mai bis zum 15. Mai haben 21 politische Gefangene im Leeuwkop-Hochsicherheitsgefängnis um ihre sofortige Freilassung gekämpft. Der Hungerstreik wurde abgebrochen, nachdem der regionale ANC ein Komitee zur Verteidigung von politischen Gefangenen gegründet hat. Nach Abbruch des Hungerstreiks hat die Gefängnisleitung entgegen ihrer Zusage die Haftbedingungen verschärft - was nach 2 Wochen internationalen Protests durch

der des Council sind geheim, die Verhandlungen werden geheim durchgeführt und nur das Ergebnis wird bekanntgegeben - nicht das Verbrechen des behandelten Falles!

Nach der Vereinbarung zur Freilassung politischer Gefangener zwischen ANC und Regierung vom September 1992 sind vor allem die bekannten Gefangenen des ANC freigekommen. Die Basisaktivisten, die viel zum Kampf gegen das Regime beigetragen haben, müssen jetzt versuchen, über den undemokratischen Indemnity Council frei zu kommen.

Die Leeuwkop-Gefangenen schreiben in einem Brief an die internationale Kampagne: "Wir grüßen Euch im Namen von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in unserem Land. Wir grüßen Euch für Eure Unterstützung unseres Freiheitskampfes und dafür, daß Ihr De Klerk und seinen Ministern in der Frage der politischen Gefangenen kein Vertrauen schenkt... Wir glauben, daß durch diese Anstrengungen das Regime den Forderungen des Volkes Beachtung schenken muß und uns freilassen muß..."

Schreibt Protestbriefe an: **Südafrikanische Botschaft, Auf der Hostert 3, 53173 Bonn, Fax 0228/8201148, Tel 0228/82010**

Kopien an: **Kampagne Freiheit für politische Gefangene in Südafrika, c/o Geert Möbius, Rothenburger Str. 17, 51103 Köln**

Spenden unter Stichwort "Gefangene in Südafrika" an **Geert Möbius, Kto.-Nr. 6404 68-208, PGA Hamburg, BLZ 200 100 20**



die Kampagne "Nukululeko/Freiheit" wieder rückgängig gemacht wurde.

Doch Ende Juni sollen über 100 Fälle politischer Gefangener einschließlich der im Leeuwkop-Gefängnis vor dem sogenannten Indemnity Council gehört werden. Dieses Gremium wurde von Präsident De Klerk gegen den Widerstand selbst der undemokratischen südafrikanischen Parlamente durchgesetzt. Es soll vor allem die blutigsten Rassisten vor Strafverfolgung retten: Die Mitglie-

Schweden: Heißer Herbst?

Gewerkschaftliche Aktionen zur Parlamentseröffnung

Am Tag der Eröffnung des schwedischen Parlaments nach der Sommerpause, am 5. Oktober, dürften sich die Abgeordneten schwer tun, zu ihren Arbeitsplätzen durchzudringen, zumal es in Schweden die ehrwürdige Einrichtung einer Meile, aus der das Volk verbannt ist, nicht gibt. Der schwedische Gewerkschaftsdachverband LO hat Anfang Juni beschlossen, an diesem Tag einen Massenprotest vor dem Parlament zu organisieren. Noch ist offen, ob dieser auch mit einem Streiktag verbunden werden soll, wie einige der Mitgliedsgewerkschaften verlangen.

Die Forderung war von der nationalen Gewerkschaften der Grafiker und der Industriearbeiter eingebracht worden, wo sie auf Antrag der marxistischen Gewerkschafter um den Arbeiterbund "Offensiv" zuvor eine Mehrheit gefunden hatte.

Bereits im letzten Jahr hatten 120 000 Gewerkschafter/innen am Tag der Parlamentseröffnung gegen die brutalen Sparpakete der konservativen Regierung unter Ministerpräsident Bildt demonstriert. Die Regierung, die unpopulärste seit den zwanziger Jahren, ist dabei, das "Modell Schweden" komplett zu demontieren, unter aktiver Beihilfe der "oppositionellen" sozialdemokratischen SAP. Die SAP, die sich in einer inoffiziellen großen Koalition befindet und den zwei schlimmsten Sparpaketen im letzten Herbst zustimmte.

Maßnahmen wie Einführung von Karenztagen, Kürzung von Sozialleistungen, Ausstieg aus Flächentarifverträgen, Nullrunden, Steuer- und Gebührenerhöhungen sind in Schweden bereits umgesetzt worden. Jeder Verdienner hat durchschnittlich rund 5 000 DM Jahreseinkommen verloren.

In dieser Situation findet die Forderung von marxistischen Gewerkschaftern nach einem politischen Generalstreik gegen die Regierung ein breites Echo. Durch den Druck von unten sind die Gewerkschaftsführungen gezwungen, Kampfmaßnahmen zu organisieren und auch politische Forderungen zu vertreten.

Angela Bankert, Köln

68: Panzer retten die Bürokratie

Vor 25 Jahren stand die Bevölkerung der CSSR gegen die stalinistische Diktatur auf / Statt Kapitalismus wollten sie eine sozialistische Demokratie

In der CSSR wurde nach 1945 die Wirtschaft verstaatlicht. Doch wie in den anderen Ostblockstaaten kontrollierten nicht die Arbeiter die Betriebe, sondern eine privilegierte Schicht von Bürokraten.

Mit starren, undemokratischen Wirt-

Reformen von oben . . .

Der Apparat mußte sich entscheiden: Entweder die Repression verschärfen oder den Druck von unten durch Reformen abschwächen. Der reformerische Teil setzte sich schließlich durch. Alex-



Straßenkämpfe in Prag

schaftsplänen hemmte die Bürokratie die wirtschaftliche Entwicklung.

Als im Oktober 1967 Prager Studenten gegen die schlechte wirtschaftliche Lage demonstrierten, schlug die Polizei die Demonstrationen nieder. Große Teile der Bevölkerung solidarisierten sich mit den Studenten. Hinzu kam die Unzufriedenheit des slowakischen Bevölkerungsteils über das ungerechte Steuersystem. Der Druck auf den Chef der "Kommunistischen Partei" und Staatspräsidenten Novotny wuchs. Die Bürokratie mußte handeln . . .

ander Dubcek, damals KP-Chef des tschechischen Teils, kündigte eine Liberalisierung an. Die Medienzensur wurde teilweise aufgehoben. Dem erzstalinistischen Flügel ging das zu weit. Doch ein Putschversuch der Konservativen scheiterte. Novotny mußte zurücktreten. Die Bevölkerung wurde durch die Zugeständnisse aber nicht beruhigt, sie fühlte sich jetzt erst ermutigt. Auf der Straße, in den Betrieben, an den Unis, überall gab es Diskussionen und Massenversammlungen. Die Medien berichteten von Aktionen der Bergarbeiter in Kladno und

den CKD-Metallarbeitern. Die Lage verschärfte sich.

Die sowjetische Bürokratie war aufgeschreckt. Eine erfolgreiche politische Revolution hätte Auswirkungen auf die anderen stalinistischen Länder gehabt. Dubcek beugte sich dem zunehmenden Druck Breschnews. Im April warnte er vor "übertriebenen Ansprüchen und Erwartungen". Doch der Bürokratie entglitt die Kontrolle über die Bewegung.

Arbeiter forderten Lohnerhöhungen und Gehaltskürzungen für Funktionäre. In einigen Betrieben bildeten sich Arbeiterräte, es gab Diskussionen über die Abschaffung des Fabrikdirektorsposten.

. . . und Panzer

Im Juni wurden Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei stationiert, Bulgarien, Ungarn, die DDR, Polen und die Sowjetunion drohten mit dem Eingreifen, falls sich die Lage nicht "normalisiere". Anfang August akzeptierte die CSSR auf der Gipfelkonferenz von Bratislava ein Ultimatum: Die Truppen ziehen ab, wenn die Kritik gebremst und die Widerstandsgruppen unterdrückt werden.

Am 19. August verkündete Breschnew, daß die Vereinbarungen von Bratislava gebrochen wurden. Am Abend des 20. rollten sowjetische Panzer in Richtung Prag. Am anderen Morgen waren alle größeren Städte und Flughäfen besetzt. 3000 Panzer und 500 000 Soldaten sollten die stalinistische Bürokratie vor einer Revolution bewahren. Dubcek und andere Reformer wurden nach Moskau entführt. Eine Marionettenregierung sollte für "Ruhe und Ordnung" sorgen. Jugendliche und Arbeiter

bauten Wegweiser ab, blockierten Schienen. Sie appellierten mit Flugblättern, Plakaten und Sprechchören an die Soldaten. Sie erklärten ihnen das Reformprogramm und forderten sie zur Verbrüderung auf. Manche Einheiten mußten ausgetauscht werden. Ihnen wurde der Kontakt zu den Tschechen und Slowaken verboten.

. . . gegen die Revolution von unten

Um die Kontrolle wieder zu erlangen, änderte die Moskauer Bürokratie ihre Strategie. Dubcek und andere inhaftierte Reformer wurden wieder eingesetzt, um die Gemüter zu beruhigen. Am 27. August kehrte Dubcek als KP-Sekretär aus Moskau zurück. Doch der "Held" übernahm nicht, wie von der Bevölkerung erwartet, die Führung des Widerstandes. Kaum im Amt, rief er zur "Mäßigung und Zurückhaltung" auf. Er sprach von "Ruhe und Ordnung" und kündigte die Einführung der Pressezensur an.

Ein Jahr später kam es noch einmal zu Demonstrationen für Reformen und dem inzwischen wieder entmachteten Dubcek. Sie wurden von der Polizei niedergeschlagen. Ausnahme Gesetze traten in Kraft.

Die tschechischen und slowakischen Arbeiter wollten 1968 keine Wiedereinführung des Kapitalismus. Bei einer Umfrage waren 95 Prozent für das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln.

Die wirtschaftliche Situation im heutigen Tschechien und der Slowakei gibt jenen Recht, die sich im August 1968 für eine sozialistische Demokratie vor die sowjetischen Panzer stellten.

Marcus Kourdji, Kassel

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare...

Liebe GenossInnen!

Ich möchte mich nochmals recht herzlich für die Initiative gegen den Bundestag der NPD bei JRE bedanken. Ohne Euch hätten wir wahrscheinlich nicht einmal bemerkt, daß sich das braune Gesindel schon wieder bei uns im Landkreis Passau trifft.

In den SPD-Gremien werden wir dieses Thema noch einmal diskutieren müssen. Nun hoffe ich, daß ich auch beim nächsten DVU-Treffen in Passau auf Eure bundesweite Unterstützung hoffen kann. Angeblich findet die Versammlung am Samstag, den 2. Oktober 93 statt.

Mit sozialistischen Grüßen
Christian Meier
Stellvertr. Juso-UB-Vorsitzender

Liebe Freundinnen und Freunde!

Herzlichen Dank für die letzte Nummer der VORAN, die, nachdem sie durch mehrere Hände gegangen ist, jetzt bei einem 17jährigen Lehrling gelandet ist.

Wie immer ist die Zeitung lebendig und frisch geschrieben. Sehr nützlich sind die Notizen am Rande, deren Inhalt (mit Zahlenangaben) man sich gut merken kann. Die Zeitung ist doch ein Hilfsmittel in der Überzeugungsarbeit.

Enttäuscht bin ich immer, wenn ich bei der Jugend mit VORAN nicht durchdringe, selbst in der Verwandtschaft nicht. Meine Neffen z. B. haben "Horror" vor Politik, SPD, PDS usw. Einer fürchtet sich gar, in die Gewerkschaft einzutreten. "Merkt das der Alte, dann

werde ich selbst gefeuert", meint er. Ja, diese kleinen Unternehmer in der Ex-DDR sind schlimmer als bei Euch im Westen.

Nach einem Gespräch mit einer Studentin sagte mir diese: "Ich sehe wohl ein, daß es richtig ist, was sie sagen, aber wenn ich solche Gedanken in einer Klassenarbeit verwende, bin ich schon durchgeflogen."

Der Kirche wurde unser ganzes sozialistische Krankenhaus zugeschoben, Diakonie daraus gemacht, und wenn einer dort Anstellung haben will, dann fragt man ihn erst nach der Religion. Wehe dem Freidenker! So verrückt waren nicht einmal der "alte Fritz", Bis-

marck usw. Wenn Marxens oder Lenins Doktorarbeit heutigen CDU-geräucherten Uni-Professoren in die schwarzen Pfaffenpfoten käme, dann...

Andererseits ist es eine Tatsache, daß die Neofaschisten unter der Jugend mehr Erfolg haben als wir. Also müssen sie geschickter sein! Hinzu kommt noch der Druck, den die Kapitalisten und ihre Kompradoren ausüben. Aus dem Büro der erstgenannten Firma kam ein dort fabriziertes faschistisches Hetzblatt. Daran hat also der ehrenwerte Chef keinen Anstoß genommen.

Die Erziehung in Richtung Internationalismus ist das beste Gegengift gegen Rassismus! Leute, die Herrscher dieses Planeten, die Mafia der Finanzintrinsicen, sind sich einig. Und wir? Deshalb sollte keine VORAN existieren, die nicht vom internationalen Kampf, besonders der Gewerkschaften, Informationen bringt. Die Weltbourgeoisie weiß, wie

gefährlich für sie die Einheit der Arbeiter ist, bloß viele Proleten wissen nicht, wer sie selber sind.

Dazu ein Beispiel aus der Mecklenburgischen Dorfgeschichte: Ein sogenannter "Häusler", der ein kleines Häuschen mit Garten und Kuh hatte, war trotzdem Prolet, denn er mußte seine Arbeitskraft verkaufen (als Bauarbeiter, Forstarbeiter usw.) Die meisten waren sehr klassenbewußt.

Ich bin jetzt 84 Jahre alt. In dieser Zeit sind aus Millionen Proletariern Milliarden geworden. Die herrschende Mafia sieht das genauso. Deshalb ihre Angst vor jeder Arbeiter-Organisation.

Ich gebe nicht auf, irgendwie werden wir an die Jugend herankommen.

Herzliche Grüße!
Ein Leser aus Mecklenburg-Vorpommern

Was will VORAN?

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem, in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der »3. Welt« bei gleichzeitiger Überschußproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt würden, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit von Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatsigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem ersten Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Dabei haben wir aber das Staatsigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer echten Arbeiterdemo-

kratie eingetreten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch ihren Frieden mit dem System gemacht und sind meilenweit entfernt vom Leben der Masse der arbeitenden Bevölkerung.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und hauptamtliche Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und der demokratischen Kontrolle durch die Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich durch Spenden von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und in Australien vertreten ist.

T-Shirts, Buttons, Aufkleber



T-Shirts: "Gegen Nazis" (schwarz/rot) und "Rosa Luxemburg" (einfarbig) je 20,— DM
Buttons: "Gegen Nazis" und "Gib Nazis keine Chance" je 2,— DM
Aufkleber: "Gegen Nazis", "Halte deine Umwelt sauber" und "Gib Nazis keine Chance" je 0,50 DM

Bestellungen (nur gegen Vorkasse) an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Kampffonds Sommeroffensive

Die politische "Saure-Gurken-Zeit" wird dieses Jahr besonders sauer. Die Angriffspläne der Herrschenden werden unverschämter: Karenztage, Mehrarbeit für Beamte, massenweiser Arbeitsplatzabbau, kommunale Kürzungen, Kürzungen für Arbeitslose und beim Schlechtwettergeld, Steuererhöhungen... uns steht also ein heißer Sommer bevor und die Stadt Köln plant sogar die Schließung von Schwimmbädern.

Hinzu kommt, daß im Sommer die Nazis mehr samstäglige Besäufnisse feiern und anschließend zu allem bereit sind. Zumindest belegt das die Regelmäßigkeit von Drohanrufen in der Redakti-

on. Darum dürfen wir uns in unseren Kassen auf keinen Fall ein Sommerloch leisten! Überlegt Euch, wo Ihr die meisten Jugendlichen erreichen könnt - z.B. bei Open-Air-Konzerten oder Festivals. Ein Infostand vor dem U2-Konzert in Bremen brachte über 300 DM Reinerlös zugunsten des Kampffonds, ebenso der Einsatz Siegener und Wilnsdorfer VORAN-Unterstützer beim Eindhovener Metal-Festival. Besondere Einnahmequellen waren T-Shirts und Buttons. Die Kampffondsaktivitäten auf der Solinger Demo am 5. Juni brachten fast 1000 DM ein. Bei unserer Kampagne für die Forde-

rung nach einem eintägigen Generalstreik konnten die Berliner VORAN-Unterstützer über 600,- DM Spenden mit Hilfe der Unterschriftenlisten sammeln. In den nächsten Monaten könnt ihr ähnliche Kampagnen gegen die Brandanschläge oder z. B. den Einsatz der Bundeswehr in Somalia durchführen.

Bis zum 28.6. wurden für das 2. Quartal 14.400 DM abgerechnet (= 57 Prozent vom Ziel).

In den Sommerferien gibt es auch genug Möglichkeiten, das Gerümpel aus Euren Kellern auf Flohmärkten zu verkaufen - zugunsten des Kampffonds. Und wer Zeit und Gelegenheit zum Jobben hat, den bitten wir um eine Extraspende. Unser Kampffondsziel für Juli bis September beträgt wieder 25.000 DM. Inwieweit wir auch im Sommer gegen Nazis und die oben skizzierte Politik mobil machen können, hängt ganz von Euch ab!

Fiz Garvie, Redaktion

2. Quartal 1993 Erreicht: 14400 DM Ziel: 25.400

Bundesland	Erreicht	% des Zieles erreicht	Ziel
Schleswig-Holstein	0	0%	500
Bremen	1009	101%	1000
Mecklenburg-Vorp.	815	58%	1400
Niedersachsen	671	96%	700
Berlin	1270	41%	3100
Nordrhein-Westfalen	4772	67%	7150
Hessen	3516	55%	6400
Baden-Württemberg	1824	38%	4800
Sonstiges	523	149%	350
Gesamt	14400	57%	25.400



Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir werden uns melden und Dir sagen, wo in Deinem Ort/in Deiner Gegend es eine VORAN-Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1



Ich möchte...

- Voran abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,— DM
- zusätzlich ___ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission — Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (min. 30,—)
- ein VORAN-Schnubberabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Summe bitte auf das Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung!

Arbeitskampf bei DEC

Erster Streik in deutscher Computerindustrie / Angestellte fühlen sich provoziert

Daß Arbeiter streiken, passiert nicht oft, aber immer öfter. Daß besser verdienende Angestellte die Arbeit niederlegen, ist schon eine Sensation. Es paßt nicht in das Bild einer Gesellschaft, in der Angestellte etwas besseres sein sollen als Arbeiter. Mit übertariflicher Bezahlung und einigen Vorteilen bei den Arbeitsbedingungen haben die Unternehmer versucht, die Angestellten von den Arbeitern zu trennen. Diese Zeiten gehen zu Ende. Mit der Rationalisierungswelle in Büros und Fabrikhallen wird der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten geringer. Die Rezession macht den Angestellten deutlich, daß ihre Jobs in der Marktwirtschaft genauso unsicher sind wie die der Arbeiter. Das

gilt sogar für die Computerindustrie. Die Krise bricht hier wie ein Blitz aus heiterem Himmel über die Beschäftigten herein. Doch das Beispiel der deutschen Niederlassung des US-Konzerns Digital Equipment (DEC) zeigt, es bleibt nicht beim Schock. Gegenwehr ist angesagt.

Wie in fast allen größeren Betrieben der Datenverarbeitung, wird bei DEC Personal abgebaut. 1.500 Arbeitsplätze wurden seit Januar 1992 vernichtet. Ähnlich wie bei IBM will der US-Konzern die Firma in verschiedene Teile aufsplitten, mit dem Ziel rentable von unrentablen Bereichen zu trennen. Da das Unternehmen - genauso wie IBM - nicht im Arbeitgeberverband ist, gibt es für die Beschäftigten nicht einmal einen gültigen

Tarifvertrag. In der Vergangenheit konnten die Unternehmer erfolgreich verhindern, daß sich ihre Beschäftigten gewerkschaftlich organisieren. Mit ihrer neuen Willkür betreiben sie die beste Mitgliederwerbung für die IG Metall. 1986 waren gerade 2 Prozent der DEC-Belegschaft organisiert. Zu Beginn des Streiks waren 1000 der 3500 Beschäftigten Gewerkschaftsmitglied. "Gewisse Dinge können wir nur noch kollektiv lösen," sagt ein Hamburger Digital-Mitarbeiter. Bereits im April drohte der Betriebsrat mit Streik für die Durchsetzung eines Rationalisierungsschutzabkommens und eines Haustarifs. Damals gab sich die Firmenleitung noch gelassen, weil sie Streik für eine leere Drohung hielt. Im Juni wurde ernst gemacht. 84,9 Prozent stimmten für Streik. Seit dem 14. Juni wird in mehreren Niederlassungen gestreikt. Der erste Streik in der deutschen Computerindustrie steht. Wigand Cramer, stellvertretender Gesamtbetriebsratschef bei DEC: "Die Mitarbeiter sind scharf darauf zu demonstrieren, daß sie sich nicht wie Stückgut hin und herschieben lassen." Die Betriebsräte von IBM, Bull, Siemens-Nixdorf, Debis und Digital-Kienzle haben sich mit dem Streik bei DEC solidarisiert und ihre Bereitschaft zu Solidaritätsaktionen erklärt. Die IGM-Führung muß dieses Angebot annehmen, um einen vollen Erfolg bei DEC zu erzielen und ein positives Beispiel von Gegenwehr für die anderen Datenverarbeitungsbetriebe zu setzen.



Demonstration in Schlips und Kragen

Timm Ringewaldt, Köln

Aufholjagd im Kfz-Handwerk

Haustarife gefährliche Strategie der IGM

Handwerk hat goldenen Boden. So heißt ein altes Sprichwort. Für die Handwerks-Bosse trifft es zu. Sie haben fette Jahre hinter sich und blicken optimistisch in die Zukunft. Die Handwerker selbst bleiben auf der Strecke. Gegenüber den Industrielöhnen haben sie weiter verloren. Im Ruhrgebiet ist die Einkommensdifferenz gegenüber den Stahlarbeitern 25 - 30 Prozent. Die Ausgangsforderung der IG Metall mit 7,5 - 11,5 Prozent Lohnerhöhung und 35-Stundenwoche war in Anbetracht dieser Ausgangslage eher bescheiden. Daß die Kampfbereitschaft vorhanden war, um die Forderungen voll durchzusetzen, zeigte sich am gestiegenen Organisationsgrad und an der Standhaftigkeit der Streikenden. Der Streik im schleswig-holsteinischen Kfz-Handwerk ging - totgeschwiegen von der bürgerlichen Presse - bei Redaktionsschluß in die 7. Woche. Allerdings scheint die Kampfstrategie der IG Metall die Bewegung eher zu verzetteln, als die Kampfkraft zu bündeln. Gerade weil die einzelnen Belegschaften eher klein sind und das Verhältnis zu den Chefs viel direkter ist, ist eine effektive allgemeine Streikfront Voraussetzung für einen hohen Streikerfolg. Die Sache wird weiter, durch insgesamt 810 Tarifverträge für die 55 verschiedenen Berufe in den Tarifbezirken verkompliziert. Anstatt eine möglichst große Vereinheitlichung zu erzielen und damit auch eine bessere Kampfkraft, scheint die IG Metall-Führung mit ihrer Streiktaktik die Spaltung auf die Spitze getrieben zu haben. Mit dem Abschluß von Haustarifverträgen gibt es jetzt sogar innerhalb einer Branche und eines Tarifbezirks eine Spaltung zwischen den verschiedenen Belegschaften. Zwei Beispiele aus NRW: Wenige Tage vor der Urabstimmung schloß die IG Metall mit einer Mercedes-Lkw-Reparaturwerkstatt mit 80 Beschäftigten einen Haustarifvertrag ab. Ergebnis: 5 Prozent Lohnerhöhung ab 1. 3. 93 und halbstündige stufenweise Arbeitszeitverkürzung bis zur 35-Stunden-Woche ab 1.3.98. In drei Kfz-Handwerkbetrieben in Bochum

wurde vereinbart: Lohnerhöhung um 4 - 4,5 Prozent und 35-Stunden-Woche ab 1. 1. 1999. Je mehr Betriebe durch Haustarifverträge aus dem Kampf herausgenommen werden, desto schlechter steht es um die restlichen, noch im Kampf befindlichen Belegschaften. Sie werden dadurch isoliert. Mit einem allgemeinen Ausstand im Handwerk - und notfalls Solistreiks in der Industrie hätten auch die Arbeitgeberverbände in die Knie gezwungen werden können und Flächentarifverträge erreicht werden können, die besser sind als jeder jetzt erreichte Haustarifvertrag.

Ursel Beck, Köln

Bericht aus Stuttgart

Viele Kfz-Betriebe befinden sich im unbefristetem Streik. Mit der Forderung der IG Metall nach 8,5 Prozent und der 35-Stunden-Woche kämpfen die Kollegen gegen den weiteren geplanten Abbau von Arbeitsplätzen und Lohnraub.

Ein Stuttgarter Jungsozialist berichtet von der Streiksituation: "Nachdem ich eine Solidaritätserklärung der Stuttgarter Jusos bei einer Ford-Filiale im Stadtzentrum vorbeigebracht und dort erfahren hatte, daß auch bei Daimler und Opel gestreikt wurde, fuhr ich auch dorthin.

Bei Opel hielten sich 30 KollegInnen beim Streiklokal auf und diskutierten. Ich bot an, über die Jusos Streikposten zu organisieren, wenn es "brennt".

"Mensch, där isch ja nett, daß ihr an ons denket! Aber Schreigposchde brauchet mer keine zusätzliche. Du siehst ja, die Kollege sent voll motiviert. Die Streikfront steht!"

Auch bei Daimler waren über 30 KollegInnen im Streiklokal, an den Ausgängen standen jeweils drei bis vier Posten. Unser Soli-Erklärung wurde vom Betriebsrat kopiert und verteilt.

Zur Streiksituation meinte ein Kollege: 'I seh's so. Wenn die Arbeitgeber stur bleibt, bleibt mir au stur, ganz oifach.'"

Ralf Schumann, Stuttgart

Vier Monate Timex-Streik

Heuern und feuern in Dundee/Schottland: Eine Belegschaft wird ausgewechselt

Stell Dir vor, deine Firma hat wenige Bestellungen für ein halbes Jahr, aber danach genug. Die Firma entläßt einfach die Hälfte der Kollegen bis sie sie wieder nutzen will. Aber der Betrieb sei nicht wettbewerbsfähig genug, denn die Löhne in Asien sind bekanntlich niedriger. Die Lösung? Ihr müßt den berühmten Gürtel enger schnallen - mit einer effektiven Lohnkürzung von 27 Prozent.

Das ist kein Märchen, sondern die aktuelle Praxis der multinationalen Uhren- und Elektronik-Firma TIMEX in ihrem Betrieb in Dundee, Schottland. Die Methoden dieser Firma sind eine Warnung an alle Gewerkschaftler, wohin der Weg führt, den Lufthansa, Bosch und Gesamtmetall jetzt betreten haben.

Die Folge der Entlassungen war ein Streik am 29. Januar. Nur acht Prozent der Kolleginnen stimmten dagegen. Danach kam ein weiterer Knüppel auf den Kopf durch eine - zunächst - 10prozentige Lohnkürzung. Die Kolleginnen waren jedoch bereit, den Streik zu beenden und weiter zu verhandeln, worauf die Firma sie aussperrte. Die Polizei wurde geholt, um ihre Rückkehr an die Arbeitsplätze zu verhindern. Kurz darauf wurde die ganze Belegschaft von 343 Leuten, samt Streikbrechern, gefeuert und eine ganze Streikbrecherbelegschaft geheuert.

Seitdem ist dieser Streik ein Symbol im ganzen Land geworden. Werden die sozialen und gewerkschaftlichen Errungenschaften des späten 20. Jahrhunderts hier erhalten, oder wird dieser Fall den Weg zum endgültigen Absturz Britanniens in die "3. Welt" bahnen?

Was die Firma verlangt:

- Löhne für 2 Jahre einfrieren
- Die Frauen (80 Prozent der Belegschaft) sollen bis zu ihrem 65. Lebensjahr arbeiten, statt bis zum 60. Timex kürzt den Beitrag zu den Renten um 25 Prozent.
- Ersatzlose Streichung der Kantine-Subventionen, des Weihnachtsgeldes, des zusätzlich einwöchigen Jahresurlaub

nach 20 Jahren Dienst.

- Kürzung oder Streichung des Schichtbonus und Kürzung des Überstundengeldes und Urlaubsgeldes.

- All diese und andere Einsparungen bedeuten einen Verlust von 27 Prozent für die Kolleginnen. Dazu kommt die Abschaffung der verschiedenen Lohnstufen, was ein Verlust von 300 DM pro Monat für die meisten bedeutet.

Was die Arbeiterinnen machen: Ausgesperrt und gefeuert, ist die Ent-

Nachdem die Belegschaft die neuen Bedingungen einstimmig ablehnte, hat der Multi die Schließung des Betriebes "um Weihnachten herum" angekündigt. Aber die Schotten werden nicht vor Erpressung kapitulieren: "The fight goes on!" Viele Streikende fordern jetzt einen 24-stündigen Generalstreik in Schottland und eine Betriebsbesetzung.

Jetzt wird der Kampf mit einem Konsum-Boycott von Timex-Uhren und anderen Produkten in andere Länder getra-



Streikposten bei TIMEX/Dundee

schlossenheit der Arbeiterinnen durch jeden neuen Angriff verstärkt worden. Ihr Kampf hat zurecht den Respekt des ganzen Landes und die aktive Solidarität Zehntausender gewonnen.

Seit Monaten gibt es Massenstreikposten und Demonstrationen von bis zu 10.000 Teilnehmern. Unter dem Druck der Basis hat der Gewerkschaftsdachverband ein Treffen von 200 Vertrauensleuten aus ganz Schottland veranstaltet. Am 1. Juli gab es einen schottischen Aktionstag, mit Solidaritätsveranstaltungen und Arbeitsniederlegungen in mehreren Städten und Betrieben.

Vertreter des Streikkomitees besuchen in den nächsten Wochen Europa, um den Boycott zu organisieren und um andere Gewerkschaftler zu warnen, was sie vom härteren Gang ihrer "Sozialpartner" zu erwarten haben. Der Streik wird offiziell von der britischen Metall-Gewerkschaft AEEU unterstützt, doch das Streikgeld liegt nur bei 75 DM pro Woche. Die Kolleginnen streiken schon seit sechs Monaten. Deshalb bitten wir unsere Leser, Solidaritätsbriefe und Spenden zu schicken: Timex Strike Fund, AEEU, 2 Union St, Dundee, Großbritannien.

Brent Kennedy, Köln

Jugendpower gegen Zukunftsklauer

Kasseler Initiative für Ausbildung und Übernahme

Bundesweit werden Ausbildungs- und Arbeitsplätze vernichtet. Nach der Lehre werden viele Azubis nur für drei oder sechs Monate von ihrem Betrieb übernommen - wenn überhaupt.

Danach ist für immer mehr Jugendliche vor allem in der Automobil- und Metallindustrie Arbeitslosigkeit angesagt. Beispiel Kassel: bei Thyssen wurden in den letzten fünf Jahren 90 von 260 Ausbildungsplätzen gestrichen. Bei VW, dem größten regionalen Arbeitgeber stehen nach 10 Jahren mit Rekordgewinnen erstmals Entlassungen an. Demnächst will VW statt 274 Jugendlichen nur noch 160 ausbilden. Viele der Ausgelernten überlegen, nach Ablauf ihres Drei-Monats-Vertrages noch einmal zur Schule zu gehen, an die Uni oder zum Bund. Doch Wirtschaftsexperten, sagen schon jetzt, daß es auch nach der Rezession keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Das gibt die Marktwirtschaft der 90er nicht mehr her. Heute beginnt der Zukunftsklau für eine ganze Generation.

Gewerkschaften und Betriebsräte sehen dem Abschlagen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bislang tatenlos zu. Deswegen haben sich VORAN-Unterstützer, Mitglieder der Postjugend, der Metall- und ÖTV-Jugend und JRE-Mit-

glieder in einer Initiative zusammengeschlossen, um in Gewerkschaften, Betrieben und in der Öffentlichkeit für folgende Forderungen einzutreten:

- für den Erhalt aller Ausbildungsplätze
- für die unbefristete Übernahme aller Azubis im erlernten Beruf
- für den Erhalt aller Arbeitsplätze und die Schaffung neuer
- Arbeit für alle
- gegen Rassismus und Spaltung
- für einen gebündelten Kampf aller DGB-Gewerkschaften

Als nächstes planen wir eine Informationsveranstaltung für Azubis aus den Betrieben, um Erfahrungen auszutauschen und Aktionen zu planen. Eine stadtweite Demonstration aller Auszubildenden könnte ein erster Schritt sein, gegen den Zukunftsklau aktiv zu werden, Unterschriften für unsere Forderung sollen gesammelt werden. Bei der Post haben bereits 150 Azubis und Kollegen unterschrieben.

Wir haben die Botschaft der Duisburger Thyssen-Azubis verstanden, die ebenfalls auf die Straße gesetzt wurden: "Macht es besser als wir, kämpft mit allen Mitteln um Eure Chance. Wir haben es falsch gemacht, zu lange gehofft, zu lange geschlafen."



Pflegeversicherung — Kürzungen bei Sozialleistungen — ABM unter Tarif

Sparschweineerei

Die Ziele: Aushebelung der Tarife, Extraprofite für die Unternehmer, Einschüchterung der ArbeiterInnen / Die Tarnung: Hilfe für Pflegebedürftige / Die Agenten: Kohl und Waigel / Die Auftraggeber: Die Konzerne

Monatelang tönte die Regierung, der angebliche Mißbrauch des Asylrechts sei ein Grund für die leeren Staatskassen. Das Asylrecht wurde abgeschafft. So mancher Sozialhilfeempfänger, Arbeitsloser und Arbeitender mag gedacht haben, danach wäre mehr Geld für ihn da. Denkste. Die Tinte unter der Grundgesetzänderung war noch nicht trocken, da entdeckte die Regierung uns alle als Mißbrauchtreibende: Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Bezieher von Erziehungs-, Kindergeld oder sonstigen Sozialleistungen. Mit dem jetzt geplanten Sparprogramm stiehlt die Regierung 27 Milliarden von dem Geld, was wir erarbeitet haben. Drei Prozent werden beim Arbeitslosen-, Kurzarbeitergeld und der Sozialhilfe gekürzt. Das Schlechtwettergeld für die Beschäftigten auf dem Bau soll ab Juli 1994 gestrichen werden. Die Benzinsteuern soll ab Januar 1994 um 16 Pfennig erhöht werden. Im öffentlichen Dienst soll die Arbeitszeit verlängert und nächstes Jahr eine Nullrunde durchgesetzt werden. Die Pflegeversicherung kostet alle abhängig Beschäftigten 1 Prozent vom Bruttolohn (ab 1996 1,7 Prozent). Die Kranken müssen doppelt bezahlen. Pro Krankheit verlieren sie zwei Tage und je nach Häufigkeit bis zu sechs

Tagen Lohnfortzahlung im Jahr. Bei einem Monatseinkommen von 3500 Mark wäre das ein Verlust von bis zu 1000 Mark im Jahr.



„Krisen sind potentiell gute Zuchtmeister, man muß neue Chancen nur ergreifen“ (Tyll Necker, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie).

Wenn die Kohl-Regierung vom Gürtel-enger-Schnallen redet, nimmt sie ihre Regaleichen davon aus. Für Abgeordnete und Minister gibt es keine Karenztage, ihre Diäten stehen nicht zur Debatte. Schon gar nicht die Gewinne der Unternehmer. Hier zeigt sich die Regierung

von ihrer freigiebigen Seite. Das sogenannte „Standortsicherungsgesetz“ sieht die Senkung der Körperschaftsteuer von 50 auf 44 Prozent für einbehaltene bzw. von 36 auf 30 Prozent für ausgeschüttete Gewinne vor. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer wird von 53 auf 44 Prozent gesenkt.

Hinter der Finanzierung der Pflegeversicherung verbirgt sich die Gewinnssicherung der Unternehmer. Die Karenztage sollen die Beiträge der Unternehmer für die Pflegeversicherung ausgleichen. Sie bringen nach Schätzungen der IGM zusätzliche sechs Milliarden Profite für die Unternehmer.

Die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst und die Nullrunde im nächsten Jahr sollen Vorreiter für die Verhinderung von weiterer Arbeitszeitverkürzung in der Industrie und für eine Nullrunde in der ganzen Wirtschaft sein.

Für 85 Prozent der Beschäftigten ist die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall tarifvertraglich abgesichert. Die Gültigkeit dieser Regelung soll durch Regierungsdiktat aufgehoben werden. Im Frühjahr verlangten die Unternehmer von der Regierung gesetzliche Öffnungsklauseln im Rahmen des sogenannten „Solidarpakts“, dann probierten sie es mit dem Tarifbruch im Osten. Neben dem Angriff auf die Lohnfortzahlung ist auch die im Sparpaket vorgesehene untertarifliche Bezahlung von ABM-Kräften ein Versuch, die Tarife auszuhebeln und die Löhne zu drücken.

Das Kapital und seine Regierung in Bonn ist das Hindernis für die Überwindung von Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut, Umweltzerstörung. Sie betreiben Mißbrauch mit unserer Arbeitskraft, unserem Geld, unserer Gesundheit und unserer Umwelt. Ihre Macht muß gebrochen werden. Anstatt die Arbeitszeit für einige zu verlängern, können die Millionen Arbeitslosen beschäftigt werden. Sämtliche Kürzungen der Kohl-Regierung könnten zurückgenommen, ein staatliches kostenloses Gesundheits- und Pflegesystem aufgebaut und die Umwelt saniert werden, wenn der Reichtum umverteilt werden würde.

Wir leisten Widerstand gegen den Kohl'schen Feldzug gegen die ArbeiterInnen und die sozial Schwachen. Und wir leisten Widerstand gegen die Anpassung von SPD und Gewerkschaften an die Sachzwänge der kapitalistischen Krise. Schluß mit der Wegbereiterung für CSU/CDU/FDP a la Heide Simonis. Keinen Karenztage, keinen Feiertag, keine Minute länger Arbeit, keinen Pfennig mehr Geld für dieses System. Wir bezahlen nicht mehr für die Reichen.

Ursel Beck, Köln



Das System macht uns zum Pflegefall

- Im Namen des Profits betreiben die Unternehmer Raubbau an unserer Gesundheit
 - bei den Arbeitenden durch immer größere Arbeitsbelastung
 - bei den Arbeitslosen durch Existenzangst
 - bei uns allen durch Verseuchung der Umwelt und durch ein Verkehrssystem, das 1991 mehr als 10 000 Verkehrstote und 500 000 Verletzte verursachte.
- Nicht die Unternehmer bezahlen die Schäden, die sie verursachen, sondern wir durch Steuern, Krankenversicherungs- und Rentenversicherungsbeiträge.
- Aus unseren Krankenkassenbeiträgen ziehen die Pharmaindustrie und die medizinischen Gerätehersteller enorme Gewinne. Die Chefarzte in den Krankenhäusern und die meisten niedergelassenen Ärzte gehören zu den Spitzenverdienern.
- Das Versicherungssystem wurde in den letzten Jahren von der Regierung systematisch ausgehöhlt. Die Rentenkassen, der Etat der Bundesanstalt für Arbeit und die Krankenkassen wurden dazu benutzt die Kosten der deutschen Vereinigung zu finanzieren, Profite zu erhöhen und Löcher in den Staatshaushalten zu stopfen. Sie bieten trotz ständig steigender Beiträge immer weniger Versicherungsschutz für die Kranken, Arbeitslosen und Rentner. Leistungen wurden gestrichen.
- Anstatt die Ursachen von Krankheit zu bekämpfen betreibt die Kohl-Regierung durch die geplante Arbeitszeitverlängerung, Flexibilisierung, Ausdehnung von Nachtarbeit Raubbau an unserer Gesundheit.
- Die Unternehmer kassieren doppelt und dreifach: durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Überkompensation ihrer Beiträge für die Pflegeversicherung, durch Steuererleichterungen.

- ★ Widerstand gegen die Sparpläne. Stoppt den Sozialabbau
- ★ Nein zu Karenztagen, Streichung von Feiertagen und Steuer- und Abgabenerhöhungen für die abhängig Beschäftigten
- ★ Stoppt die Angriffe auf die Tarifverträge
- ★ Für ein kostenloses staatliches und demokratisch kontrolliertes Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Arbeit für alle und sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche statt Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverlängerung
- ★ Weg mit der Kohl-Regierung

Gewerkschaften müssen Widerstand gegen Regierungsangriffe zusammenfassen